



53. (Sonder-)Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 8. Februar 2007

Mitteilungen der Präsidentin 5929

**Ergebnis
der Kohlegespräche vom 7. Februar 2007**

In Verbindung damit:

**Zukunftsperspektiven nach der
Beendigung des Steinkohlebergbaus**

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3703..... 5929

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers..... 5929
Hannelore Kraft (SPD)..... 5935
Helmut Stahl (CDU) 5939
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)..... 5943
Dr. Gerhard Papke (FDP) 5947
Reiner Priggen (GRÜNE) 5952
Dietmar Brockes (FDP)..... 5955

Ergebnis..... 5956

Nächste Sitzung 5956

Entschuldigt waren:

Minister Eckhard Uhlenberg

Ilka von Boeselager (CDU)

Marie-Theres Kastner (CDU)

Karl Kress (CDU)

Andrea Milz (CDU)

Elke Rühl (CDU)

Heinz Sahnen (CDU)

Rainer Bischoff (SPD)

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)

Jochen Dieckmann (SPD)

Birgit Fischer (SPD)

Stephan Gatter (SPD)

Ralf Jäger (SPD)

Annegret Krauskopf (SPD)

Sören Link (SPD)

Wolfgang Röken (SPD)

Karl Schultheis (SPD)

Ewald Groth (GRÜNE)

Beginn: 11:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 53. Sitzung, einer Sondersitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Meine Damen und Herren, für die heutige Sitzung haben sich 18 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Die Einberufung zu dieser Sondersitzung des Landtags erfolgte gemäß Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung auf Antrag von 74 Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP.

Einziger Punkt der Tagesordnung gemäß Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ist:

Ergebnis der Kohlegespräche vom 7. Februar 2007

In Verbindung damit:

Zukunftsperspektiven nach der Beendigung des Steinkohlebergbaus

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 7. Februar die Absicht der Landesregierung angekündigt, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung über das genannte Thema zu unterrichten.

Ich weise darauf hin, dass es einen **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in **Drucksache 14/3703** geben wird, der gleich verteilt wird.

Die Unterrichtung erfolgt durch den Ministerpräsidenten des Landes, Herrn Dr. Rüttgers. Ich erteile ihm das Wort.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Gestern war ein historischer Tag. Heute ist ein historischer Tag. Gestern haben wir den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen beschlossen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Bund und die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD in Berlin, die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, die RAG und die IG BCE haben zugestimmt.

Heute, werte Kolleginnen und Kollegen, beginnt eine neue Zeit in der Wirtschafts- und Industriegeschichte Nordrhein-Westfalens.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich nehme das zum Anlass, Sie heute darüber zu informieren, wie die Landesregierung diesen Wandel gestalten will. Ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingt, durch diese Entscheidung unserem Land Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Metropole Ruhr eine neue, eine gute Zukunft zu eröffnen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP und, wie ich hoffe, auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben ihre wichtigsten Ziele erreicht:

Erstens: Nordrhein-Westfalen wird Ende 2014 sozialverträglich aus der subventionierten Steinkohleförderung aussteigen. Der Bund folgt 2018. In den Jahren 2015 bis 2018 beteiligt sich das Land Nordrhein-Westfalen nicht mehr an den Absatz- und Produktionshilfen. Darüber hinaus wurde eine neue Regelung für die Ewigkeitslasten gefunden. Dadurch spart Nordrhein-Westfalen bis zum Ausstieg insgesamt 468 Millionen € und darüber hinaus weitere 272 Millionen €, also insgesamt 740 Millionen €.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens: Der Ausstieg erfolgt sozialverträglich. Das geschieht, obwohl Nordrhein-Westfalen nach 2014 keine Produktionshilfen mehr bezahlt. Meine Damen und Herren, alle die behauptet haben, das sei nicht möglich, haben Unrecht gehabt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Land wird wie bisher, um das auch sicherzustellen, ein Drittel der jährlichen Anpassungszahlungen von durchschnittlich 150 Millionen € übernehmen. Dadurch gibt es keine betriebsbedingten Kündigungen. Kein Bergmann wird ins Bergfreie fallen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, wenn ich jetzt sage: Das habe ich immer gesagt,

(Lachen von der SPD)

und ich habe Wort gehalten.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Drittens: Dem Börsengang der RAG steht nichts mehr im Weg. Die rund 70.000 Mitarbeiter im weißen Bereich der RAG haben damit eine klare Zukunftsperspektive. Eine börsennotierte RAG ist im Interesse der Arbeitnehmer der RAG wie der Menschen im Ruhrgebiet und in ganz Nordrhein-Westfalen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben harte Verhandlungen hinter uns. Mein Ziel dabei war immer, die Interessen Nordrhein-Westfalens und seiner Bürgerinnen und Bürger in diesen Verhandlungen durchzusetzen. Dafür bin ich gewählt worden. Es ging mir nicht um Parteipolitik,

(Lachen von der SPD)

nicht um Kommunikation, sondern um die Menschen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP- Lautes Lachen und Zurufe von der SPD)

Wir haben viel für das Land erreicht, übrigens viel mehr, als im Januar auf dem Tisch lag.

Erstens: Nordrhein-Westfalen beendet Ende 2014 die Zahlungen der Subventionen für Absatz- und Produktionshilfen.

Zweitens: Sollte der Bundestag 2012 den Ausstiegsbeschluss aus energiewirtschaftlichen Gründen überprüfen, wird Nordrhein-Westfalen sich an den damit verbundenen Kosten nicht beteiligen. Es wird also mit uns keinen Sockelbergbau geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens: Der Versuch, einen Teil der Erlöse des Börsengangs für laufende Subventionen zu verwenden, konnte verhindert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Viertens: Durch eine neue, sachgerechte Zuordnung der Kosten wurden die Ewigkeitslasten um 272 Millionen € reduziert.

Fünftens: Der Bund beteiligt sich an der Absicherung der Ewigkeitskosten, die über den Erlös des Börsengangs hinausgehen, mit einem Drittel. Nordrhein-Westfalen muss also nicht alleine zahlen, wenn dieser Fall eintreten sollte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, das sind wichtige Erfolge für unser Land, die ohne die harten Verhandlungen der letzten Tage nicht möglich gewesen wären.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Landesregierung hat ein zukunftsweisendes Ergebnis erzielt, das den Interessen des Landes Rechnung trägt. Dass dies möglich war, dafür möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mitgeholfen haben, die standfest geblieben sind und die nicht umgefallen sind.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Anstatt im Interesse des Landes an einem Strang zu ziehen, wie dies alle anderen Fraktionen hier im Hause gemacht haben, hat die nordrhein-westfälische SPD versucht, eigene Interessen durchzusetzen.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Widerspruch von der SPD)

Hätten wir das getan, was Sie gefordert haben, Frau Kraft, dann wäre das Land mit 740 Millionen € mehr belastet worden.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD – Minister Karl-Josef Laumann: So ist das!)

Alleine für die Produktionsbeihilfen hätten wir 468 Millionen € zu zahlen. Es wäre besser gewesen, Sie hätten auf Peer Steinbrück gehört. Stattdessen haben Sie die Bergleute und ihre Familien verunsichert. Das war nicht in Ordnung.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von der SPD – Heike Gebhard [SPD]: So schreiben Sie Ihre eigenen Geschichtsbücher!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Kohlebergbau hat unser Land in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten geprägt wie keine andere Wirtschaftsbranche. Es ist kaum mehr als eine Generation her,

(Zurufe von der SPD – Glocke)

da sind im Ruhrgebiet jeden Tag noch Hunderttausende Menschen eingefahren. Mitte der 50er-Jahre gab es im Steinkohlenbergbau noch über 600.000 Beschäftigte.

Es waren nicht zuletzt diese Kumpel, die nicht nur das Ruhrgebiet und Nordrhein-Westfalen, sondern ganz Deutschland wieder aufgebaut haben. Sie haben die Grundlage für das Wirtschaftswunder mit geschaffen.

(Beifall von CDU und FDP sowie Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich danke im Namen der Landesregierung all den Menschen, die in der Vergangenheit unter und über Tage für dieses Land Großes geleistet haben, und ich danke all denjenigen, die das heute noch tun.

(Beifall von CDU und FDP sowie Sylvia Löhrmann und Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie haben harte Arbeit geleistet, und darauf können Sie stolz sein.

(Beifall von CDU und FDP sowie Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Anfang der 60er-Jahre begann das Zechensterben. Über eine halbe Million Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahrzehnten weggefallen. Es war deshalb richtig, durch den Strukturwandel den Verlust von Arbeitsplätzen abzufangen und so soziale Brüche zu vermeiden. Das ist die historische Leistung meiner Vorgänger.

Die Zukunft der Metropole Ruhr, die Zukunft Nordrhein-Westfalens liegt aber nicht in der Kohleförderung, sondern die Zukunft in Nordrhein-Westfalen hat einen Namen: Innovation!

(Beifall von CDU und FDP)

Mit den Beschlüssen von gestern haben wir in Nordrhein-Westfalen eine große Chance. Es geht jetzt darum, ein neues Kapitel unserer Landesgeschichte aufzuschlagen. Wir können in eine neue Phase der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte unseres Landes eintreten. Wir waren schon einmal das Zentrum der industriellen Revolution. Wir werden auch diese neue meistern.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich werbe heute darum, dass wir diese Chance gemeinsam ergreifen und gemeinsam gestalten. Wir wollen für jeden Einzelnen in unserem Land neue Chancen eröffnen. Gemeinsam können wir das schaffen. Wir Rheinländer, wir Westfalen und Lipper wissen: Gemeinsam sind wir stark!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Entscheidende Weichen für diesen Neuanfang wurden in den letzten 20 Monaten bereits gestellt. Damit meine ich die Rückführung der Nettoneuverschuldung um 4 Milliarden €, mit der wir unseren Kindern eine Last von den Schultern nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit meine ich den Ausbau der Angebote in der Kinderbetreuung. Schon hier beginnt die Förderung aller Talente und die Chance zum sozialen Aufstieg.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit meine ich unsere Schulreform, den Abbau des Unterrichtsausfalls, die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen und den Ausbau der Ganztagschulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit meine ich unsere Hochschulreform und nicht zuletzt die zahlreichen Maßnahmen zum Abbau von wachstumshemmender Bürokratie.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: 10 % weniger Studenten!)

Erste Erfolge geben uns Recht: Der Aufschwung ist da und hat den Arbeitsmarkt erreicht. Die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Teilen des Ruhrgebiets, werte Kolleginnen und Kollegen, bleibt aber eine ökonomische und soziale Herausforderung, der wir uns mit aller Kraft widmen müssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es gilt insbesondere, den Mittelstand, das Handwerk und Innovationen im Ruhrgebiet zu stärken. Wir brauchen mehr Firmengründungen gerade auch in technologieintensiven Bereichen. Zusätzliche Herausforderungen ergeben sich aus dem demografischen Wandel und der Integration von Mitbürgern mit Zuwanderungsgeschichte. Antworten auf diese Herausforderungen hat die Landesregierung vorgelegt. Ich möchte sie gemeinsam mit allen Verantwortlichen im Ruhrgebiet umsetzen. Auf sie wird es entscheidend ankommen.

Deshalb habe ich auch die Städte und Kreise im Ruhrgebiet besucht und viele Gespräche geführt. Wir werden in Kürze die neue „Initiative Zukunft Ruhr“ vorstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Ruhrgebiet, die Metropole Ruhr, kann mehr Wachstum, neue Arbeitsplätze und mehr Kreativität nur aus sich selbst heraus entwickeln. Die Basis dafür ist da.

Lassen Sie mich Ihnen drei Beispiele nennen: Die zweite Gründerwelle im Ruhrgebiet erschließt völlig neue Märkte. Die Podcast-University ist ein Internetportal, das Wissen im Format von MP3-Dateien bereitstellt.

Neue Märkte entstehen auch an technologischen Schnittstellen gerade im Ruhrgebiet. Davon zeugt unter anderem – das ist wirklich nur ein Beispiel – der Cityhopper, ein solargetriebenes Fahrrad mit unterstützendem Elektroantrieb. Aber auch traditionelle Technologien werden intensiv weiterentwickelt. So arbeitet – das ist in der augenblicklichen

Umweltdebatte wichtig – im Industriepark Dorsten/Marl eine Firma an einem Ökoauto, das nur 1,5 l verbrauchen soll.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung steht den Menschen im Ruhrgebiet auf diesem Weg zu mehr Dynamik, Wachstum und Kreativität als verlässlicher Partner zur Seite.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von der SPD)

Mit der „Initiative Zukunft Ruhr“ werden wir die Maßnahmen der Landesregierung effizient und zukunftsweisend bündelnd. Die neue Politik für die Metropole Ruhr der Landesregierung beinhaltet folgende Punkte:

Erstens: Das Land hilft der Region künftig noch stärker, sich als Metropolregion mit gemeinsamen Interessen und Zielen zu verstehen und zu präsentieren. Es geht um den regionalen Mehrwert, der zukünftig Voraussetzung für Förderungen ist.

Deshalb gibt die Landesregierung der Region zum Beispiel die Zuständigkeit für ihre eigene Raumplanung zurück. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat das Landeskabinett bereits verabschiedet.

Deshalb unterstützt das Land den Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung. Die Landesregierung begrüßt es ausdrücklich, dass sich Oberhausen, Mülheim, Essen, Bochum, Gelsenkirchen und Herne inzwischen zur „Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr“ zusammengefunden haben.

Zweitens: Wir wollen mit der neuen Metropolenpolitik Innovationen und Gründer besonders unterstützen. Dazu dient die zukünftige Strukturförderung von Land und Europäischer Union. Das Gießkannenprinzip hat ausgedient, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

In den nächsten fünf Jahren stehen insgesamt 4 Milliarden € zur Verfügung. Dafür werden wir auch die Mittel nutzen, die mittelfristig durch den Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle frei werden.

Besonders wichtig ist es der Landesregierung, dass gerade in der Metropole Ruhr neue Forschungseinrichtungen entstehen. Ein neues Institut für Werkstoffforschung an der Universität Bochum wird in Zusammenarbeit mit ThyssenKrupp entstehen. Das Land wird sich daran mit 12 Millionen € beteiligen.

(Beifall von CDU und FDP)

Eine neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform an der Universität Dortmund wird von der Landesregierung mit 33,3 Millionen € unterstützt. Ein neues Science-to-Business-Center zusammen mit der Degussa AG in Marl wird eine Landesförderung von 11,3 Millionen € erhalten.

Das ist aber erst der Anfang. Das Ruhrgebiet hat nach meiner festen Überzeugung schon heute das Potenzial für weitere hochkarätige Forschungseinrichtungen mit internationaler Ausstrahlung.

(Beifall von CDU und FDP)

Unsere Hochschulreform bietet den Universitäten in der Metropole Ruhr die Möglichkeit, Spitze zu werden. Ich finde es großartig, dass die Universität Bochum jetzt die Chance hat, im Rahmen der Exzellenzinitiative in den Kreis der Elitehochschulen aufzurücken. Alleine 2007 stehen für die Kofinanzierung der Exzellenzinitiative 10 Millionen € im Landeshaushalt bereit.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens: Wir wollen die Wirtschaftspolitik in der Metropole Ruhr auf Leitmärkte und Technologiefelder konzentrieren. Dies sind aus Sicht der Landesregierung zum Beispiel die Energiewirtschaft, die Gesundheitswirtschaft einschließlich der Medizintechnik, die Logistik, die Chemie sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die Energiewirtschaft bleibt für das Ruhrgebiet ein zentrales Feld. In dieser Region hat sich eine Dichte an energiewirtschaftlichem und energietechnologischem Know-how entwickelt, die ihresgleichen sucht. Von strategischer Bedeutung sind für Nordrhein-Westfalen die Investitionen in neue hochmoderne Kraftwerke mit einem Gesamtvolumen von über 8 Milliarden €. Alleine in der Metropole Ruhr stehen Kraftwerksinvestitionen von über 5,5 Milliarden € an.

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie damit zu tun?)

RWE wird in Hamm ein neues Steinkohlekraftwerk errichten, Trianel in Lünen. E.ON baut in Datteln; STEAG baut in Walsum und plant für Herne. Trianel baut ein GuD-Kraftwerk in Lünen, Mark-E und Statkraft ein weiteres in Herdecke.

Es ist jedoch wichtig – das will ich dazusagen –, dass in diesem Prozess, der mit dem Kraftwerkerneuerungsprogramm schon vor unserer Regierungszeit begonnen hat,

(Zurufe von der SPD: Ach!)

Rahmenbedingungen existieren, die es den Firmen ermöglichen, in der notwendigen Sicherheit ihre Planungen auch umzusetzen. Wir haben versucht, dies zusammen mit der Bundesregierung auch in Europa sicherzustellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ebenso wichtig ist der Bereich der erneuerbaren Energien.

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha!)

Es ist kein Zufall, dass Gelsenkirchen heute vor allem als Solarstadt über die Landesgrenzen hinaus, ja sogar weltweit berühmt ist. Sie werden mir zu sagen gestatten, dass ich stolz darauf bin, dass ich als Bundesforschungsminister bei den Anfängen helfen konnte.

(Lachen von der SPD – Zurufe von der SPD: Aah! – Zuruf von der SPD: Sehr gut, sehr gut!)

Einer aktuellen Studie zufolge gab es in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2005 allein im Bereich der regenerativen Energien rund 3.000 Unternehmen mit 16.500 Arbeitsplätzen und einem Umsatz von 4,2 Milliarden €. Wir werden dabei helfen, dieses Potenzial weiter auszubauen. Im Jahre 2005 arbeiteten in der Metropole Ruhr in der Gesundheitswirtschaft und in der Medizintechnik bereits 300.000 Menschen. Bis 2015 rechnen Experten in diesem Feld mit einem Beschäftigungszuwachs von 55.000 Arbeitsplätzen.

Zusätzliche Zukunftsperspektiven eröffnen sich zum Beispiel durch neuartige Telematikanwendungen, durch neue Konzepte für Prävention und Rehabilitation, durch Fortschritte in der klinischen Forschung und nicht zuletzt durch Neuerungen im Zukunftsfeld der Life-Sciences. Auch hier wollen wir an die Spitze. Der Startschuss fiel bereits mit der Ruhrgebietskonferenz Gesundheitswirtschaft am 24. November 2006.

Die Chemie bleibt eine wichtige Säule unserer Industrie. Sie braucht langfristig Sicherheit gerade auch bei der Versorgung mit wichtigen Grundstoffen. Davon hängen, wie wir wissen, in der Metropole Ruhr Tausende von Arbeitsplätzen ab. Eine neue insgesamt 500 km lange Propylen-Pipeline wird deshalb die Chemiestandorte Marl, Gelsenkirchen, Oberhausen, Duisburg, Moers und Köln mit den Seehäfen Antwerpen und Rotterdam verbinden.

(Zuruf von der SPD: Reichen Sie die Rede einfach schriftlich ein!)

Das Gesamtinvestitionsvolumen beläuft sich auf 200 Millionen €. Die Europäische Union und das Land beteiligen sich mit 40 Millionen € an den Investitionskosten.

(Beifall von der CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas und damit mitten im Herzen eines gewaltigen Binnenmarktes. Deshalb ist das Thema Logistik für Nordrhein-Westfalen und gerade für die Metropole Ruhr ein wichtiges, ein zentrales Thema. Es ist kein Zufall, dass Firmen wie Ikea und DHL hier ihre großen Distributionszentren errichten. Eine echte Erfolgsgeschichte ist zudem das Logistikzentrum logport im Duisburger Binnenhafen.

(Beifall von der CDU)

Mit der Erschließung von logport II wird gemeinsam mit der Stadt Duisburg der Ausbau des Hafens auf einer Fläche von rund 30 ha vorangetrieben: mit Straßen, mit Schienen und zu Wasser. Dafür stellen wir aus dem nordrhein-westfälischen EU-Ziel-2-Programm mehr als 40 Millionen € zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD)

Dass die Kultur- und Kreativwirtschaft wichtig ist, wissen wir spätestens seit der erfolgreichen Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas 2010 – Essen für das Ruhrgebiet.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD: Oho! – Unruhe)

Spätestens seitdem wissen wir auch, welche ungeheure Potenziale die Metropole Ruhr in diesem Feld hat. Die kulturelle Infrastruktur ist wirklich einmalig: 13 Schauspiel- und Festspielhäuser, fünf Opern und Musiktheater, sechs Sinfonieorchester, fünf Ballettkompanien, 200 Museen und eine Ruhr-Triennale. Wo gibt es so etwas sonst auf der Welt?

(Unruhe – Glocke)

Das Projekt Kulturhauptstadt zeigt uns wie kein anderes Großvorhaben im Ruhrgebiet ...

(Fortgesetzt Unruhe – Reiner Priggen [GRÜNE]: Er ist schwerhörig!)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass Sie es möglicherweise gar nicht ertragen können, hier still zu sitzen. Es ist aber so unruhig, dass man dieser Debatte

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Welcher Debatte?)

nicht folgen kann. Ich bitte Sie wirklich darum, Ruhe zu halten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Weiterhin Unruhe)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Es fällt übrigens besonders auf, dass es einige Kollegen gibt, die unruhig werden, wenn man die Stärken der Metropole Ruhr lobt. Das finde ich einen erstaunlichen Sachverhalt.

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass im Zusammenhang mit dem Projekt Kulturhauptstadt sehr, sehr deutlich geworden ist, wie sich das Ruhrgebiet, wie sich diese Region bereits verändert hat.

(Zuruf von der SPD: Das sind doch Märchen!)

Die Kreativität und die Offenheit der Künstler und Kulturschaffenden in Mode, in Film, in Design und in Architektur strahlen, wie wir ja wissen, bereits heute auf viele, viele Wirtschaftsbereiche aus.

An den Gesamtkosten von 48 Millionen € für dieses Großereignis beteiligt sich die Landesregierung mit 12 Millionen €.

Der Kulturhauptstadtwettbewerb hat schon weit vor dem Jahre 2010 – das meine ich zu spüren – für eine Aufbruchstimmung gesorgt,

(Zurufe von der SPD)

die so, glaube ich, von keinem für möglich gehalten wurde. Uns was ganz, ganz wichtig ist: Sie hat einen Geist der Kooperation erzeugt, den ich sehr sympathisch finde und der auch ansteckt.

Vergangenen Montag haben wir in der Jahrhunderthalle in Bochum das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ vorgestellt. Jedes Grundschulkind bekommt bis 2010, beginnend in der Metropole Ruhr und dann ausgedehnt auf das gesamte Land, die Chance, ein Instrument spielen zu lernen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Gesamtkosten für dieses Projekt, das übrigens einmalig ist, werden sich auf 50 Millionen € belaufen. Das ist die größte Aktion für kulturelle Bildung in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen und haben es auch schon oft miteinander diskutiert, wenn wir über Bildungspolitik sprechen, dass es wichtig ist, Kreativität so früh wie möglich zu fördern. Und, werte Kolleginnen und Kollegen, was wäre besser geeignet dafür als die Musik, deren Sprache alle Kulturen und Grenzen überschreitet? Musik regt die Phantasie an. Sie fördert auch das kreative Denken und die emotionale Intelligenz und stiftet Gemeinschaft. Sie bringt Kinder und Jugendliche zusammen. Jede Stadt soll deshalb auch ein Kinderorchester haben. Schließlich wollen wir ein „Kinderorchester Ruhr“ schaffen, in dem besonders begabte Kinder aus der gesamten Metropole Ruhr spielen und auftreten.

Ich möchte mich herzlich bei der Bundeskulturstiftung und der Stiftung Zukunft für ihre Unterstützung genau so bedanken wie bei allen Musikschulen der Metropole Ruhr, den Grundschulen und natürlich auch allen Eltern der Kinder, die mitmachen. Wir wollen 210.000 Kinder mit diesem Projekt erreichen. So etwas hat es in Europa bisher nicht gegeben!

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch die städtebauliche Erneuerung der Metropole Ruhr wird vorangetrieben. Bausünden der Vergangenheit müssen korrigiert werden. Unsere Städte sollen schöner werden. Wir brauchen vitalere Innenstädte. Es gibt jetzt die rechtlichen Grundlagen dafür, dass großflächiger Einzelhandel von der grünen Wiese wieder zurück in die Innenstädte kommt.

Wir brauchen zudem zusätzliche städtebauliche Akzente in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen. Deshalb stehen im Rahmen des Stadtumbau West 39 Millionen € und bei der Initiative Soziale Stadt weitere 40 Millionen € zur Verfügung.

Das zentrale Projekt der städtebaulichen Erneuerung der Metropole Ruhr ist zweifellos das Generationenprojekt Neues Emschertal. Die Region hat hier die einmalige Chance, für die Menschen im Herzen des Ruhrgebiets einen ganzen Lebensraum zurückzugewinnen; einen Lebensraum mit neu gestalteten Freiräumen, mit hochwertigen Wohnmöglichkeiten und mit attraktiven Dienstleistungsangeboten. Diese Generationenaufgabe will die Landesregierung mit Hochdruck voranbringen.

Integrierte Projekte wie „Duisburg am Rhein“, „Ruhrbania“ in Mülheim, „Graf Bismarck“ in Gelsenkirchen oder „Phoenix“ in Dortmund bieten dafür viele kreative Ideen und Anregungen.

Darüber hinaus werden wir gemeinsam die Verkehrsinfrastruktur in der Metropole Ruhr verbessern. Je stärker das Ruhrgebiet wird, umso mehr wachsen die Bedürfnisse der Menschen nach Mobilität.

Eines der wichtigsten aktuellen Verkehrsprojekte ist der Rhein-Ruhr-Express. Wir wollen, dass er jetzt zügig Fahrt aufnimmt. Deshalb ist er in diesem Jahr das Verkehrsprojekt Nummer eins in Nordrhein-Westfalen. Wir werden dafür sorgen, dass von fast allen Landesteilen umstiegsfreie Verbindungen zur Rhein-Ruhr-Achse geschaffen werden. Dazu werden bis zum Jahr 2015 in sieben Stufen 1,3 Milliarden € in die Netzinfrastruktur und weitere 56 Millionen € in den Stationenausbau investiert. Der Rhein-Ruhr-Express wird unsere Straßen entlasten und zu weiterem Wirtschaftswachstum beitragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Werte Kolleginnen und Kollegen, das Ruhrgebiet ist die Metropole im Herzen Europas. Sie hat alle Möglichkeiten und Fähigkeiten, noch mehr Strahlkraft zu entwickeln, den Menschen, die dort leben, neue Perspektiven zu bieten und kluge Köpfe aus der ganzen Welt anzuziehen. Auf der Internetseite der Kulturhauptstadt 2010 steht dazu etwas Trefendes. Ich will es zitieren:

„Die über 5 Millionen Einwohner ... setzen ihr ‚Revier‘ täglich als eine Stadt zusammen und ENTDECKEN seine Vielseitigkeit immer wieder neu. Damit unterscheidet sich das Ruhrgebiet von traditionell gewachsenen Städten.“

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich füge hinzu: Damit ist die Metropole Ruhr in vielerlei Hinsicht Hauptstadtmetropolen wie Paris oder London ähnlich.

Stellen Sie sich vor: Heute reist jemand zum ersten Mal nach 30 Jahren wieder durch das Ruhrgebiet. Er wird erstaunt sein: darüber, wie blau der Himmel ist, darüber, wie grün es ist,

(Zurufe von der SPD: Willy! Willy!)

darüber, wie rund um starke Hochschulen und herausragende Kulturangebote neue Kristallisationspunkte für mehr Wachstum und Kreativität entstanden sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Daran sind Sie nicht beteiligt!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, heute ist es noch Erstaunen. Morgen sollte es jeder in Deutschland und Europa wissen. Mit der Ent-

scheidung zum Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau

(Zurufe von der SPD: Wir kommen zum Thema!)

haben wir die Chance, noch mehr Kräfte für den Wandel zu mobilisieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir schlagen ein neues Kapitel auf. Eine neue Ära beginnt. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken und gemeinsam die Zukunft gestalten – zum Wohle aller Menschen an Rhein und Ruhr!

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, das Wort hat nun Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich den Ausführungen des Ministerpräsidenten widme, die er offensichtlich dem Ruhrgebietsführer 1990 bis 2005 entnommen hat, bleibe ich erst einmal beim Kohlekompromiss.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren, wir begrüßen, dass es endlich eine Einigung bei der Kohle gibt.

(Beifall von der SPD)

Wichtig für die Bewertung dieser Einigung ist es, noch einmal auf die Ausgangslage zurückzublicken. Wie waren die Positionen?

Ich habe immer sehr deutlich gesagt: Sie haben eine Vereinbarung auflösen wollen. Sie als CDU wollten einen Ausstieg aus der Steinkohle 2014 erreichen. Das ist Ihr Beschluss. Dies hätte betriebsbedingte Kündigungen bedeutet, und dies hätte Massenentlassungen bedeutet. Dabei bleiben wir, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Die FDP, Herr Kollege Papke, wollte einen Ausstieg aus der Kohle in Deutschland bis 2012. Wenn es keine Einigung gäbe, wollten Sie sogar schon 2010 heraus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Doch, das könnte ich Ihnen anhand von Interviews nachweisen. – Wir als SPD wollten den Zu-

gang zu den Lagerstätten offen halten. Wir haben das Sockelbergbau genannt.

(Zustimmung von der SPD)

Wir wollten betriebsbedingte Kündigungen vermeiden. Wir wollten echte Sozialverträglichkeit – ohne Auffanggesellschaften.

(Beifall von der SPD)

Und wir wollten immer – ganz klar – einen Börsengang des Konzerns RAG. Wir haben an dieser Stelle nicht gewackelt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Wie war denn der Verhandlungsstand am 31. Januar, also letzte Woche? Er war wie folgt – das sollten wir noch einmal Revue passieren lassen –: 2018 stand in den Papieren, mit einer Optionsklausel 2012. Die Sozialverträglichkeit war gesichert. Und – der Kollege Weisbrich hat gestern sogar darauf hingewiesen – es gab ein Kompromissangebot des Bundes mit folgenden Bestandteilen:

Erstens. NRW sollte bei den Absatzbeihilfen ab 2016 nicht mehr zahlen müssen. – Das lag am 31. Januar auf dem Tisch.

(Zurufe von CDU und FDP: Falsch! – Christian Weisbrich [CDU]: Das habe ich nie gesagt!)

Zweitens: Der Bund hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits bereit erklärt, das Haftungsrisiko bei den Alt- und Ewigkeitslasten zu einem Drittel durch Rückbürgschaft des Bundes zu decken. – Auch diese Angebote lagen am 29. Januar auf dem Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Heute ist klar: 2018 und 2012 bleiben. Der Sockel bleibt möglich, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Neu ist: NRW kann aus den Absatzbeihilfen bereits 2015 statt 2016 heraus. Das ist gut. Das erspart dem Land in diesem Jahr 170 Millionen €. Das ist Ihr Verhandlungserfolg, Herr Ministerpräsident. In der Tat!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Und zwar nur!)

Neu ist aber auch: Im Gegensatz zu den Verabredungen im Koalitionsvertrag des Bundes wird der Bund jetzt gänzlich von Strukturhilfen freigestellt. Lediglich das Saarland erhält gemäß einer Fußnote 100 Millionen € Strukturbeihilfen von der RAG AG.

(Gisela Walsken [SPD]: Peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir halten noch einmal fest: Ihre Forderung waren 500 Millionen € Strukturbeihilfen. Wir halten auch noch einmal fest: In den Eckpunkten vom 6. Februar gab es eine Textziffer 3, die schon nicht mehr streitig gestellt war. In der stand – ich zitiere –:

„Rechtzeitig vor der tatsächlichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus werden der Bund, das Land NRW und das Saarland eine strukturpolitische Abfederung in den jeweiligen Bergbauregionen im Lichte der dort bis dahin eingetretenen regionalen strukturellen Wirtschaftsentwicklung“

– ich überspringe den Rest –

(Lachen von CDU und FDP)

– ich kann es auch vorlesen –

„mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Regionen des Steinkohlenbergbaus verabreden, soweit im Zuge des Auslaufbergbaus gegenüber den etatisierten Beträgen und für eine sozialverträgliche Abfederung des Steinkohlenbergbaus notwendige Beihilfen Kohlehilfen eingespart werden.“

Das heißt, die Strukturhilfen waren schon zugestanden. Sie haben in dieser letzten Verhandlungsrunde darauf verzichtet, Herr Ministerpräsident! Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Tolles Verhandlungsergebnis!)

Nachdem ich diese Verhandlungsstände hier noch einmal wiedergegeben habe, komme ich jetzt zur Gesamtbewertung. Das Wichtigste ist: Jetzt endlich gibt es Sicherheit für die Betroffenen: für die Bergleute

(Zuruf von der CDU)

– in der Tat, dank unserer Hilfe –

(Lachen von der CDU)

für die Zulieferbetriebe, für die Mitarbeiter des RAG-Konzerns. Diese Sicherheit ist das Ergebnis des Einsatzes der SPD auf Bundes- und auf Landesebene, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD – Lachen von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Karneval ist erst nächste Woche! – Zuruf von der CDU: Karneval war doch gestern Abend!)

Diese Sicherheit wird gewährleistet in einer neuen rechtlichen Qualität in einem Steinkohlegesetz, das eine klare Optionsklausel für 2012 enthält. Wichtig ist: Die Bewilligungsbescheide für 2009 bis 2012 werden jetzt endlich nach ihrer Blockade auf den Weg gebracht. Das ist gut für unser Land.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Der RAG Konzern kann endlich an die Börse gehen. Auch das ist gut für die Entwicklung unseres Landes.

Drittens. Das Land spart gegenüber dem letzten Verhandlungsstand 170 Millionen € in 2015. Die Berichte, die heute Morgen in der Zeitung zu lesen waren, sind falsch, denn auch nach 2015 wird das Land noch zahlen. 2015 ist nicht das Ende aller Subventionen. Zu zahlen bleiben weiterhin die laufenden Altlasten, Stilllegungskosten und Anpassungsgelder.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Und, meine Damen und Herren: Das Land muss auch in den nächsten Jahren behilflich sein, damit das Unternehmen nicht in eine Unterfinanzierung gerät, denn die sogenannte Sprechklausel gilt fort – auch für das Land. Das ist ein Risiko, und das müssen wir in dieser Diskussion offen aussprechen.

Viertens. Erinnern wir uns doch noch einmal – man kann es ja im Koalitionsvertrag von CDU und FDP nachlesen –: Welches waren denn Ihre drei Ziele laut Koalitionsvertrag, bevor Sie sich hier als Gewinner feiern, Herr Papke?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Die haben wir erreicht!)

Ich zitiere sie gerne noch einmal. Im Koalitionsvertrag steht erstens:

„Die Landesregierung strebt für die Legislaturperiode ein kumuliertes Einsparvolumen von 750 Millionen € für das Land an.“

Zweitens:

„Die Koalitionspartner sind sich deshalb einig, dass das Land Nordrhein-Westfalen weder in der Lage noch bereit dazu ist, die Altlasten aus dem Steinkohlebergbau zu tragen.“

Und drittens:

„Wir wollen die Bundesregierung dafür gewinnen, einen möglichst großen Teil der eingesparten Subventionszahlungen des Bundes für Zukunftsinvestitionen in den Bergbauregionen zur Verfügung zu stellen.“

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Alle drei Ziele sind nicht erreicht worden.

(Beifall von der SPD)

Da alle Einsparungen erst ab 2015 laufen werden, wird es in dieser Legislaturperiode keine Einsparungen geben. Ein Problem wird da in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes entstehen, Herr Finanzminister; denn dort sind ja die 750 Millionen € vorgesehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nach vorne blicken und nicht zurückschauen.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, dass Sie Antworten vorlegen. Ich habe die Antworten nicht gehört. Die Menschen in den Regionen, in denen in den nächsten Jahren die Zechen und Betriebe schließen werden, fragen: Was kommt anstelle der Kohle? Sie fragen konkret: Welche Perspektiven habe ich, haben meine Kinder? Und, Herr Ministerpräsident, wie stellen Sie die jetzt notwendigen Strukturveränderungen sicher? Wo ist Ihr Konzept und wie wird es finanziert? Diese Antworten sind Sie uns heute hier schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie immer!)

Nach den Ergebnissen der Verhandlungen werden Sie, werden wir es als Land allein schultern müssen. Das ist nicht mehr Aufgabe des Bundes. Und die Einsparungen werden erst ab 2015 verfügbar sein.

Unsere Fragen heißen daher ganz konkret: Welche Auswirkungen wird es im Haushalt Nordrhein-Westfalens geben, wenn ein Programm kommt, wie es angekündigt ist, Initiative Metropole Ruhr? Werden Mittel dafür aus dem Haushalt bereitgestellt? Wenn ja, wer muss dafür bluten? Woher wird das Geld kommen? Das sind die Fragen, die wir heute hier stellen müssen.

Und: Welche Auswirkungen, Frau Ministerin Thoben, sind denn bei der EU-Strukturförderung konkret geplant? Wir kennen doch Ihre Pläne! Bleibt es bei einer wettbewerblichen Vergabe? Bleibt es dabei, dass Sie nur noch 50 % der Mittel für diese Region reservieren wollen? Das ist die falsche Politik in diesem Land. Die Menschen in diesen Regionen wollen Antworten von Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Und dann kommt der Ministerpräsident, von dem ich einen anderen Auftritt, nämlich einen staatsmännischen, erwartet hätte.

(Zurufe von der CDU – Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Staatsmännischer geht doch nicht!)

Ich sage: Er kam heute mit viel Pathos daher und versucht, das strategische Chaos zu kaschieren, das er in den letzten Wochen hier angerichtet hat. Das ist die Realität, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Und: An einer Stelle haben Sie wirklich überzeugt. Wenn Sie nach einer solchen Entscheidung und nach dem, was in den letzten Wochen und Monaten hier passiert ist, in dieser Sitzung den Bergleuten für ihren Einsatz danken, dann sage ich: Die empfinden das als heuchlerisch, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Sie kündigen ohne viel Konkretes eine Initiative „Metropole Ruhr“ an. Das klingt gut und ist ein guter Begriff. Aber das kennen wir ja: Überschriftenpolitik, Symbolpolitik!

Sie sagen erstens, die Region solle sich besser präsentieren, man solle sich dort besser verstehen. Deshalb gäben Sie die Zuständigkeit für die Planung in die Region zurück. Herr Ministerpräsident, das Beispiel, das Sie anschließend geschildert haben, ist der Stand dessen, was wir beim RVR nach vorne gebracht haben. Und es war der richtige Weg, diese Region auf der Basis freiwilliger Kompetenz und der Entwicklung gemeinsamer Projekte sich selbst nach vorne bringen zu lassen. Das wäre auch der richtige Weg, was die Planung der Region Ruhrgebiet angeht.

(Beifall von der SPD)

Zweitens sagen Sie: Es muss jetzt nach vorne gehen, ein neues Kapitel muss aufgeschlagen werden. Wir brauchen Innovationen, und wir brauchen Gründer, die wir unterstützen müssen. – Da stimme ich Ihnen zu. Sie reden sogar von der Strukturförderung der EU – bei den 4 Milliarden € tun Sie immer gerne so, als wäre es Ihr Geld –; dem stimme ich auch noch zu.

Wenn Sie dann aber kritisieren, dass dieses Kapitel Strukturförderung jetzt anders sein wird als in der Vergangenheit, und davon sprechen, dass wir ja immer mit der Gießkanne herumgegangen wären, dann seien Sie doch bitte so ehrlich und zählen Sie nicht in den folgenden Sätzen alle Erfolge dieser Politik auf! Machen Sie sich nicht zu demjenigen, der diese Projekte erfunden hat!

(Beifall von der SPD)

Am Ende behaupten Sie noch, Sie hätten auch die Erde erschaffen. Darauf warten wir jetzt noch, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich möchte es an einigen Punkten deutlich machen: Die Energiewirtschaft, die im Ruhrgebiet so breit vertreten ist, haben wir ins Ruhrgebiet gebracht, die haben wir entwickelt.

(Beifall von der SPD)

Wir haben uns um die erneuerbaren Energien gekümmert. Es war ein Projekt von Rot-Grün, dass Gelsenkirchen Solarstandort ist. Auf Ihrer Seite gab es damals wahrlich nicht nur Begeisterung, meine Herren von der Opposition.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war ja so, als hätten Sie den Ruhrgebietsführer 1990 bis 2005 vorgelesen. Sie sprachen von der Gesundheitswirtschaft. Vielleicht haben Sie es damals ja in der Opposition nicht so mitbekommen: Die Kollegin Fischer hat gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Arbeitsminister und der Wissenschaftsministerin einen Masterplan Gesundheitswirtschaft nach vorne gebracht. Sie setzen ihn nun Gott sei Dank weiter um. Darauf hoffen wir auch. Das ist nämlich der richtige Weg für diese Region.

(Beifall von der SPD)

Aber lassen Sie uns unsere Erfolge und versuchen Sie nicht, sich obendrauf zu setzen!

Sie haben Hamm, den Rhein-Ruhr-Express, die Logistik erwähnt. Alles das ist nicht aus sich heraus entstanden. Für all das haben wir die Strukturmittel im Ruhrgebiet sinnvoll eingesetzt.

(Zurufe von CDU und FDP)

Es wäre gut, wenn Sie mir eines einmal erklären könnten: Die einen von Ihnen – zum Teil sind es sogar die gleichen Personen – sagen, wir wären im Ruhrgebiet immer mit der Gießkanne herumgegangen. Die anderen sprechen immer davon, wir hätten nur Leuchttürme geschaffen. Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden. Beides kann es ja wohl nicht gewesen sein.

(Beifall von der SPD)

Der Gipfel ist jetzt, dass Sie die Kultur- und Kreativwirtschaft auch noch bei sich verbuchen. Nur eines dazu: Es ist gut, dass Sie das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ machen. Lassen Sie aber die Kirche im Dorf! Das Land gibt 10 Millionen €. Die Eltern müssen ebenfalls bezahlen,

worin wir große Probleme sehen, insbesondere wenn der Strukturwandlungsprozess nicht weiter unterstützt wird.

Als Basis für die Kulturwirtschaft in dieser Region können und müssen wir jedoch das ansehen, was mit Projekten wie der RuhrTriennale auf den Weg gebracht worden ist. Das hat unseren Ruf in der Welt als Kulturregion Ruhrgebiet gestärkt, und zwar basierend auf der Leistung der Kulturschaffenden vor Ort – das ist unser Kulturbegriff –, der vielen kleinen Theater, der Initiativen vor Ort. Die haben die Kulturhauptstadt Europa ins Ruhrgebiet geholt, und dort sollten wir den Erfolg auch belassen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Es bleibt also bei den Fragen, die ich eben geschildert habe.

Herr Minister Pinkwart, ich kann festhalten: Ihr Innovationsfonds hat nach wie vor kein Geld. Damit müssen Sie klarkommen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, woher haben Sie das Geld denn? Aus den Privatisierungserlösen, die jetzt auf das Jahr 2008 geschoben sind? Deshalb haben Sie doch in der letzten Woche den Kohlewirbel veranstaltet. Deshalb hat doch der Schwanz mit dem Hund gewackelt, damit Sie für Ihren Innovationsfonds Geld ins Portemonnaie bekommen. Das haben wir doch der gestrigen Debatte nun wirklich entnehmen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Aber ich bin bei Ihnen, dass wir für Innovationen Geld brauchen. Es ist jetzt Ihre Aufgabe, sicherzustellen, dass sich das in den nächsten Haushalten auch niederschlägt. Das wird Ihre Verhandlungsposition sein müssen. Darin werden wir Sie auch gerne unterstützen.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Denn wir brauchen auch im Ruhrgebiet Geld für Innovationen. Aber es bleibt dabei: Nur mit Forschung und Entwicklung werden wir den Strukturwandlungsprozess in der Region nicht in den Griff bekommen können. Wir brauchen Geld speziell für die Regionen, aus denen sich der Bergbau sukzessive zurückziehen wird. Diese Regionen stellen zu Recht die Forderung nach einer Neuauflage des Programms „Förderung für die Kohlerückzugsgebiete“. Diese Forderung unterstützen wir.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir begrüßen, dass es eine Einigung gibt. Es ist wichtig und richtig, dass es endlich Sicherheit gibt. Wer die 10.000 Bergleute vor dem Landtag erlebt hat – Sie waren ja leider nicht da; Sie haben sich nicht gestellt –,

(Minister Armin Laschet: Die haben gepfiffen!)

der hat festgestellt, wie betroffen und verunsichert diese Menschen waren. Sie haben mit diesen Menschen aus parteitaktischem Kalkül gespielt!

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Das, was Sie herausgeholt haben, haben Sie teuer erkaufte, Herr Ministerpräsident! Das ist unsere Gesamtbewertung, und dabei bleibt es. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Es spricht nun Herr Stahl von der CDU-Fraktion.

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen! Gestern war ein großer Tag für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Es war ein Tag, der in die Geschichtsbücher, in die Schulbücher eingehen wird als ein Tag, an dem die Politik nachvollzogen hat, was in der Realität schon längst geschehen ist: Nordrhein-Westfalens Zukunft ist Innovation. Nordrhein-Westfalens Zukunft ist nicht der subventionierte Steinkohlenbergbau.

(Beifall von CDU und FDP)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dies das Ende einer Epoche unserer Industriegeschichte ist. Ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident – dir, lieber Jürgen –, einen ganz herzlichen Dank für Ihre Kraft, für Ihre Beständigkeit, für Ihre Fähigkeit, in schwierigen Situationen Wort zu halten. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich verstehe nicht, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie es sein kann, dass Sie die Ergebnisse begrüßen, aber denjenigen, der sie herbeigeführt hat, kritisieren. Also irgendetwas stimmt mit Ihnen heute Morgen und darüber hinaus nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist nicht der Ministerpräsident allein gewesen, sondern es haben viele an diesem herausragenden Erfolg mitgearbeitet. Das sind Christa Thoben, Helmut Linssen und viele Menschen in den Ressorts, die sich genauso wie wir in den Gesprächen im Koalitionsausschuss die Nächte um die Ohren geschlagen haben, um dieses Ergebnis zu erzielen. Noch einmal an alle, die daran kraftvoll mitgearbeitet haben, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir gestalten einen Neuaufbruch unseres Landes Nordrhein-Westfalen. Wir gestalten die Erneuerung unseres schönen Bundeslandes. Wir würden Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dabei gern mitnehmen.

Ich habe gestern von dieser Stelle aus dargelegt, dass dieser Prozess, Abschied zu nehmen vom subventionierten Steinkohlebergbau, in unseren eigenen Reihen alles andere als ein leichter war. Wir haben uns mit Beginn der letzten Legislaturperiode dieser Zukunftsaufgabe gestellt, Raum für die Erneuerung unseres Landes zu schaffen. Wir haben das in einer ganz ernsthaften Debatte getan, mit harten Abwägungen untereinander. Es sind noch ein paar Kollegen hier, die für die eine Seite standen, es sind noch ein paar Kollegen unter uns, die für die andere Seite standen, auch aus der IG BCE.

Wir haben uns zu der Aussage durchgerungen: Nein, der subventionierte Steinkohlebergbau hat in Nordrhein-Westfalen keine Zukunft mehr; nicht etwa, weil wir der Auffassung wären, dass die Menschen, die im subventionierten Steinkohlebergbau arbeiten, nicht wirklich ein hartes Tagewerk, eine verdienstvolle Tätigkeit ausübten, sondern weil wir gemeinsam zu der Auffassung gekommen sind, dass eine Fortführung des subventionierten Steinkohlebergbaus nicht gut für die Zukunft unseres Landes ist. Denn wir brauchen die Ressourcen, um Kindergärten zu schaffen, um Schule zu organisieren, um Hochschulen Geld zu geben, um Forschung und Entwicklung voranzutreiben und um auch dem Ruhrgebiet zu helfen. Deshalb muss Schluss sein mit dem subventionierten Steinkohlebergbau.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt sind wir zusammen – CDU, FDP und Grüne –, und Sie sind allein im Haus. Ich denke oft, dass Sie hier die Mentalität eines Industriemuseums offenbaren, dass Sie beim Rückwärtsgehen ständig stolpern: sei es in Sachen Bergbau, sei es bei dem Thema Schule, unter anderem mit Ihrer Forderung nach einer Einheitsschule, wo Sie sich als lernresis-

tent erweisen, sei es bei Ihrer Position „Staat vor privat“, wo Sie erkenntnisresistent sind, oder sei es in der Finanzpolitik, wo Sie insofern erfahrungsresistent sind, als Sie immer mehr Ausgaben fordern, als Einnahmen fließen, wodurch Sie uns einen gigantischen Schuldenberg hinterlassen haben. Sie lernen nichts dazu, was eine solide, zukunftsorientierte Finanzpolitik angeht.

Ich will auf das zu sprechen kommen, Frau Kollegin Kraft, was Sie vorhin ausgeführt haben. Sie haben behauptet, die Ziele, die mit diesem historischen Kompromiss verknüpft seien, wären nicht erreicht worden. Dazu sage ich ganz ruhig und präzise das, was der Ministerpräsident und alle anderen seit Tagen und Wochen zu unseren in den Verhandlungen verfolgten Zielen und jetzt zu dem, was nun erfolgreich finalisiert worden ist, sagen.

Zum einen: Wir wollen den Börsengang des weißen Bereichs der RAG AG. Sie werden nicht widerstreiten: Dieses Ziel ist erreicht.

Das zweite Ziel war – ich habe das gestern als eine Frucht unserer Diskussion in der CDU-Fraktion bezeichnet –, dass es als ehernes Gesetz bei der Sozialverträglichkeit bleibt. Kein Bergmann fällt ins Bergfreie!

(Beifall von CDU und FDP)

Auch dieses Ziel ist realisiert.

Es gibt einen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau. Frau Kraft, auch dieses Ziel ist realisiert.

Außerdem: Der Bund wird sich an den uns noch viele Jahre lang treffenden Kosten der Ewigkeitslasten beteiligen. Auch dieses Ziel ist erreicht.

So gesehen, Frau Kollegin Kraft, hätten wir heute Morgen von Ihnen ein paar La-Ola-Wellen dafür erwartet, dass wir dem Land viel Geld gespart haben, dass es uns gelungen ist, im Konsens mit allen Beteiligten, im Konsens mit der IG BCE, mit der RAG, mit den Kohleländern und mit dem Bund, einen Kompromiss zu erreichen, und dass es uns gelungen ist, erfolgreich unsere Ziele zu verwirklichen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Dann haben Sie moniert – ich hatte vermutet, dass es so kommen würde –, dass der Bund angeblich von Strukturhilfen freigestellt wäre. Sie haben sogar das entsprechende Zitat vorgelesen. Sie haben aber nicht betont, dass es Hilfen des Bundes zur strukturpolitischen Abfederung gäbe,

soweit Kohlehilfen eingespart worden wären. „Soweit“ haben Sie nicht vorgelesen.

Wir hatten gestern eine spannende Debatte, in der Frau Ministerin Thoben, Herr Weisbrich und Herr Priggen mit der Präzision eines Uhrwerks dargelegt haben, wie unterfinanziert im Bereich der RAG der subventionierte Steinkohlebergbau ist und wie unterfinanziert er bis weit in das kommende Jahrzehnt hinein sein wird.

Das heißt also im Umkehrschluss: Das, was Sie zitiert haben – Sie haben es nicht einmal richtig gelesen, verehrte Frau Kraft –, bedeutet in der Substanz 0,00 € Zusagen für Hilfen. Das wäre das Ergebnis gewesen, was Sie jetzt zitiermäßig verlangen. Das zeigt, wie wenig Sie von der Sache verstehen. Es tut mir leid, es ist so.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann haben Sie hier tatsächlich wieder den Sockelbergbau aufleben lassen. Um Himmels willen! Selbst wenn Sie dem anhängen, dann müssten Sie erklären, in welcher Konstellation es geschehen könnte, dass sich im Deutschen Bundestag eine Mehrheit auch aus der SPD bereit finden würde, einen Sockelbergbau in Nordrhein-Westfalen zu finanzieren. Frau Kraft, da lachen die Hühner.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Kollege Wüst hat es in der letzten Woche gebracht – das hat sich mir eingeprägt –: Es wird so sein, die letzte Lore heißt Hanne!

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Der heißt Ackermann!)

Sie glauben, dass Sie mit dem, was Sie fordern, einen Maßstab setzen, um beurteilen zu können, ob die Landesregierung, ob der Ministerpräsident Erfolg hatte. Mir ist nicht klar, welche konkreten Forderungen Sie meinen. Sie haben doch täglich „das Forderungshemd“ gewechselt. Ich erinnere mich gut an die Forderungen,

(Zurufe von der SPD)

angefangen vom „Sockelbergbau über 2018 hinaus“, über „Nicht-Bund-Zahlen“ bis hin zu anderen mehr. Das hat mich an ein Graffiti aus den 60er-Jahren erinnert, das lautete: Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein. Das ist mir durch den Kopf gegangen.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis aus einem „Spiegel“-Artikel vom 05. Februar, der bekanntermaßen nicht das Organ der Christlich De-

mokratischen Union Deutschlands ist. In dem Artikel wird unter anderem ausgeführt: „Erst vor wenigen Wochen torpedierten die Traditionskohorten in der SPD eine Einigung.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Frau Kraft, tut das nicht weh: „Traditionskohorten“?

(Gisela Walsken [SPD]: Was heißt das? Was wollen Sie damit sagen?)

Etwas weiter unten heißt es – ich zitiere, Herr Präsident –:

„Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) nahm sich die neue Landeschefin seiner Partei in Düsseldorf, Hannelore Kraft, mehrfach und lautstark am Telefon vor und ließ dabei keinen Zweifel, dass der Bund die unsinnigen Subventionen nicht über das Jahr 2018 hinaus bezahlen werde.“

Wo der Mann Recht hat, hat er Recht.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Lesen Sie die Passage mit Rüttgers vor! Er hat Schwachstellen! Lesen Sie weiter!)

Frau Kraft, wir wüssten gerne von Ihnen: War das so, ja oder nein? Darauf geben Sie bitte freundlicherweise eine Antwort. Wie gesagt, darauf freuen wir uns.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie dringend darum – nachdem der Kompromiss nun gefunden wurde –, dass Sie damit aufhören, der Landesregierung immer neu in den Rücken zu fallen, wenn sie die Verhandlungen führt, die vor uns auf der Strecke liegen. Sie wissen, dass es jetzt darum geht, Verträge zu schließen. Sie wissen, dass es jetzt darum geht, Gesetze zu verabschieden. Ich erwarte einfach in nordrhein-westfälischer Solidarität, dass Sie uns dabei helfen, das Bestmögliche für unser Land herauszuholen.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn Uns-in-den-Rücken-Fallen, das haben Sie in den letzten Tagen gemacht. Sie haben wie beim Fußball gestern Abend das Trikot ständig gewechselt, sind in die gegnerische Mannschaft eingestiegen und haben ein Eigentor nach dem anderen geschossen. Das ist nicht fair!

(Beifall von CDU und FDP)

Es spricht wirklich nicht für Ihre Krisenfestigkeit, wenn Sie sich vor die Bergleute stellen, vor denen

ich hohen Respekt habe, und durch die Gegend rufen: Kehret um!

(Gisela Walsken [SPD]: Ach, ach, ach!)

Kehren Sie um! Es ist höchste Zeit, dass Sie sich ein Stück moderne Programmatik, ein Stück moderne Politikgestaltung erarbeiten. Darum geht es jetzt.

(Beifall von der CDU)

Mit Härte weise ich Ihre Kritik zurück, Frau Kollegin Kraft; ich verlange, dass Sie sich entschuldigen, und zwar Sie persönlich, Frau Kollegin Kraft: dafür entschuldigen, dass Sie das, was der Ministerpräsident getan hat und was auch ich gleich tun werde, nämlich den Bergleuten hohen Respekt für das auszusprechen, was sie in 50 Jahren für dieses Land getan haben, Heuchelei nennen. Ich fordere Sie auf, das zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Ich fühle mich selbst betroffen. Ich bin zwar nicht im Ruhrgebiet aufgewachsen, aber konnte dennoch von dem Balkon aus, den es in dem bescheidenen Elternhaus, aus dem ich komme, gab, abends sehen, wenn in Dortmund bei Hoesch der Abstich erfolgte. Ich konnte erkennen – jeder wusste es –, dass der Treibstoff des Wohlstandes, der Treibstoff des Wiederaufbaus die Kohle war.

Ich weiß auch aus meinem Umfeld, aus persönlichem Erleben, was das für einen Preis hatte. Da gab es die Sanatorien im Sauerland, die im Volksmund „Mottenburgen“ genannt wurden, weil viele der Menschen aus dem Revier, viele Kumpel da waren, deren Lunge zerfressen war. Es gab einen Kranz von Lungenfachkliniken rund um das Revier. Ich habe einen Heidenrespekt vor den Menschen, die damals mit ihrer Kraft, mit ihrer Gesundheit dafür gesorgt haben, dass unser Land Wirtschaftsaufschwung, ein Wirtschaftswunder erleben konnte!

(Beifall von CDU und FDP)

Und Sie nennen das Heuchelei!

(Bodo Wißen [SPD]: Das ist Heuchelei!)

– Sie Unterirdischer, Sie!

(Heiterkeit)

Das hatte auch noch einen anderen Preis, der nicht verschwiegen werden darf. Es hat nicht nur einen menschlichen Preis gehabt. Ministerin Thoben hat gestern hier vermittelt, dass in den sub-

ventionierten Steinkohlebergbau über die Zeitschneise 126,8 Milliarden € insgesamt investiert worden seien. Das ist ein sehr hoher Preis. Sie, Frau Kraft, sind wie ich Ökonomin. Wir Ökonomen kennen den Begriff der Opportunitätskosten. Er besagt nämlich, dass ich das, was ich auf der einen Seite investiere, auf der anderen Seite nicht gleichzeitig ausgeben kann und dass ich beachten muss, dass das Geld da ausgegeben wird, wo es den höheren Nutzen stiftet.

Ich bin mir absolut sicher: Es hätte effektivere Möglichkeiten gerade in den letzten Jahren Ihrer Regierungsverantwortung gegeben, die Mittel sorgfältiger einzusetzen, hier auch zu helfen – Beispiel: 1997, als Sie gegen die damalige Bundesregierung arbeiteten. Dann wäre es nämlich rasch zu einem besseren Einsatz der Mittel gekommen, als es in Wirklichkeit erfolgt ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass der subventionierte Steinkohlebergbau in unserem Land wahrlich keine Zukunftschance hat, das wissen am besten die Bergleute und die Beschäftigten der Ruhrkohle AG.

Ich habe hohen Respekt vor der unglaublichen Organisationskraft der IG BCE. Es ist schon eine tolle logistische Leistung, wie die das immer wieder schaffen. Ich habe auch Respekt vor jedem, der dort demonstriert hat. Denn er hat für sich und seinen Arbeitsplatz, für seine Familie und deren Sicherheit demonstriert.

Diese Sicherheit ist durch den Kompromiss nunmehr gegeben. Jeder weiß Bescheid. Jeder hat Transparenz. Jeder hat Klarheit darüber, wie es in den nächsten zehn Jahren weitergehen wird und kann sich darauf einrichten. Heute Morgen hat ein Kollege unserer Fraktion, der von der Schließung eines Bergwerks betroffen sein wird, gesagt: Es ist schlimm, aber jetzt haben die Kumpel und das Unternehmen wenigstens Klarheit. Ich kann mit der Klarheit besser umgehen als mit der Ungewissheit, die bisher auf uns gelastet hat.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Aha, Sie wissen schon, welche geschlossen werden?)

„Kohle ist Zukunft“, haben Sie gesagt, Frau Kraft. Was haben Sie sich dabei gedacht? Es gibt zwei Varianten: a) gar nichts und b) Sie veräppeln die Leute. Aber die Leute haben ein langes, ein gutes Gedächtnis, und dieser Satz wird Ihnen nachgehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wissen wir! Darauf zählen wir! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist schon eine Sensation, dass die Menschen am vergangenen Donnerstag in der von der IG BCE organisierten Demonstration erstmals für einen sozialverträglichen Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau demonstriert haben. Das heißt, dass die Kolleginnen und Kollegen der IG BCE, die dort waren, um Längen weiter sind, als Sie es sind.

Wir stehen – der Ministerpräsident hat es ausgeführt – in Nordrhein-Westfalen wie auch im Ruhrgebiet an der Schwelle einer neuen Epoche, einer Epoche qualifizierter Industrie, hoch organisierter Dienstleistungen und der Innovation. Wir nehmen aus der Geschichte des Ruhrgebietes in diese neue Epoche viel mit. Denn für diejenigen, die sinnbildlich die Kumpel, die Steiger waren, die so etwas wie ein Symbol dieses Landes geworden sind, war klar: Industrielle Produktion hat einen hohen Wert. Industrielle Produktion wird im Grundsatz nicht bekämpft, sondern industrielle Produktion wird gefördert.

Das Zweite ist eine Grundhaltung, eine Tugend: fairer Lohn für harte Arbeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hören wir zum ersten Mal von Ihnen!)

Das, was die Menschen im Revier und darüber hinaus auszeichnet, ist: Anpacken, Pragmatismus, eine hohe Problemlösungskompetenz und das Füreinander-Einstehen. Das sind Tugenden. Das ist das wahre Erbe dieser Epoche, das wir pflegen müssen.

Das ist die beste Basis für die Zukunft, denn Basis für die Zukunft sind keine Subventionen aus irgendeinem Topf, ist nicht dieses Geld, sondern Basis sind die Menschen, und wir vertrauen den Menschen und ihrer Fähigkeit, den Wandel aktiv und offensiv zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist auch notwendig. Wir haben in den großen Ruhrgebietsstädten immer noch eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Durchschnitt unseres Landes und in anderen Städten. Das ist nach 30 Jahren Strukturpolitik, die Sie für sich reklamieren, wahrlich kein Ausweis des Erfolgs Ihrer Politik – wahrlich kein Ausweis von Erfolg.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Es gibt in Zukunft neben den genannten Problemen durchaus das große Problem, das uns alle miteinander umtreibt: Wie wird die demografische Entwicklung verlaufen? Wie kriegen wir die

menschliche Kraft, das Wissen und das Know-how auch in das Ruhrgebiet und darüber hinaus?

Die Voraussetzungen, um offensiv vorzugehen, sind besser, als sie je waren. Der Ministerpräsident hat sie genannt: Sie reichen von der Kulturhauptstadt bis hin zur Chance der Ruhr-Universität Bochum, als Exzellenzhochschule an der weiteren Entwicklung in Wissenschaft und Forschung in Deutschland an erster Stelle teilzuhaben. Hinweise darauf sind aber auch, dass beispielsweise der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herr Kleiner, aus Dortmund, aus einer Ruhrgebietshochschule, kommt. Dies zeigt auch, dass viel, viel mehr in Bewegung ist, als Sie uns hier Glauben machen wollen.

Ich frage zum Abschluss: Warum stehen Sie der Zukunft, warum stehen Sie den Menschen im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen generell mit soviel Misstrauen gegenüber?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Misstrauen in diesen Ministerpräsidenten! Er spielt mit den Menschen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Was mir bei Ihrem Beitrag auffiel – bei aller Wertschätzung und in der ganzen Breite der Diskussion, die wir heute führen –, ist: Die Menschen außerhalb des Ruhrgebietes, die auch eine Menge für das Ruhrgebiet getan haben, die haben Sie überhaupt nicht erwähnt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ach ja? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wieder einmal nicht zugehört! Das zeichnet Sie aus!)

Das dokumentiert, wie eng Sie in Ihrem Politikansatz fahren. Es reicht nicht aus, nur das Ruhrgebiet zu sehen. Wir müssen das ganze Land sehen, ganz Nordrhein-Westfalen, mit allen Teilen, mit allen Regionen. Das brauchen wir, wenn wir wirklich vorankommen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen Vertrauen in die Stärken der Menschen. Wir wissen, dass die letzte Lore „Hanne“ heißt, und wir freuen uns auf den Wahlkampf 2010.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stahl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Vorsitzende Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! In der Tat ist dies eine historische Stunde

im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Das Ruhrgebiet und damit auch das ganze Land stehen vor einer Zeitenwende. Sie hat aber schon lange angefangen. Sie beginnt nicht erst heute.

Mit der gestern getroffenen Vereinbarung hat insbesondere das Ruhrgebiet endlich Klarheit.

(Beifall von GRÜNEN und FDP)

Die Bergleute haben Klarheit, die Kommunen haben Klarheit, und die Unternehmen haben Klarheit. Jetzt können die notwendigen Erneuerungsprozesse umso beherzter angepackt werden.

Herr Ministerpräsident, Sie haben darum geworben, dass wir uns daran beteiligen. Dass wir Grünen daran konstruktiv mitwirken, versteht sich von selbst. Das haben wir in den vergangenen Jahren gerade bezogen auf diese Frage auch immer getan. Das finden wir auch nach wie vor richtig.

Ja, meine Damen und Herren, es ist gut, dass der Ausstieg beschlossen ist und damit eine jahrhundertalte Industriegeschichte in Nordrhein-Westfalen sozialverträglich beendet wird – ohne betriebsbedingte Kündigungen. Wir Grüne haben einen sozialverträglichen Ausstieg immer gewollt. Auch wenn wir ihn schon für 2015 für möglich gehalten hätten, ist es gut, dass es jetzt überhaupt zu der getroffenen Entscheidung gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Angesichts der Ausgangslagen von CDU und SPD, angesichts der unterschiedlichen Gegebenheiten in Nordrhein-Westfalen und im Bund ist der gestern beschlossene Kompromiss im Grunde folgerichtig. Gut ist allerdings auch, dass sich die FDP mit ihrer Forderung nach einem Brachialausstieg nicht durchsetzen konnte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn das hätte für die Menschen in unserem Land massive soziale Verwerfungen bedeutet. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Sie sollten aber anerkennen, dass dieser Prozess für die SPD aufgrund ihrer Geschichte und der damit verbundenen Verdienste schmerzhaft ist. Dafür haben wir jedenfalls Verständnis. Häme ist hier aus unserer Sicht völlig fehl am Platze, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben der SPD in dem ganzen Geschehen parteipolitisches Agieren vorgeworfen. Vor diesem Hintergrund war es wirklich

wichtig, dass Sie heute hier erklärt haben, dass Sie und Ihre Partei völlig frei davon sind, dass das, was Sie so treiben, irgendetwas mit Parteipolitik zu tun hätte.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der SPD)

Meine Damen und Herren, warum ist das gestern beschlossene Paket im Grundsatz richtig? – Die deutsche Steinkohle ist auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig und wird es auch nicht mehr werden. In Kanada wird die Tonne Kohle für 5 € gefördert, im Bergwerk Ost aber für 349 €. Das macht deutlich, wie richtig und überfällig der Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau ist. Damit ist endlich auch der Weg frei für den Börsengang der RAG. Das und der sozialverträgliche Ausstieg sind gute Nachrichten für die 100.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Sparten des Konzerns.

Ja, Herr Ministerpräsident, auch wir Grüne haben mit dem gefundenen Kompromiss wesentliche Ziele unserer Programmatik in diesem Kontext erreicht. Aber ein Ziel – das will ich ganz deutlich sagen – haben wir hier heute noch nicht erreicht, nämlich Transparenz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir hätten uns auch etwas mehr Details von Ihnen in dieser Erklärung vor dem Parlament gewünscht: über die Punkte, die Sie gestern und in den letzten Wochen ausgehandelt haben. Frau Kraft hat uns da mehr erzählt, und ich habe gestern an anderer Stelle auch mehr erfahren. Sie haben heute das eine oder andere geschildert. Ob es aus dem Ruhrgebietsführer 2005 stammt, weiß ich nicht. Mich hat es ein bisschen an die Sprechblasen erinnert, die Sie früher, wenn sie aus der Staatskanzlei vorgetragen worden sind, immer kritisiert haben. Frei nach Marx kann ich da nur sagen: „Das Sein verstimmt das Bewusstsein.“ In dieser Hinsicht haben Sie sich von Ihren Vorgängern nicht mehr so furchtbar viel unterschieden.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun auf einige Details und Fragen eingehen. Hinter dieser richtigen historischen Grundsatzentscheidung verbirgt sich nämlich eine Reihe von Punkten, die entweder noch nicht geklärt sind oder aber kritisch hinterfragt werden müssen.

Herr Ministerpräsident, als ich Sie gestern Abend in den WDR-Nachrichten gesehen habe, konnte ich feststellen: Sie haben die Grundregeln für die Präsentation politischer Verhandlungsergebnisse wie aus dem Lehrbuch befolgt. Regel 1: „Wir ha-

ben hart verhandelt.“ Regel 2: „Wir haben gewonnen.“

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Wer nur auf die symbolische Oberfläche schaut, findet den klassischen Kompromiss: Der Bergbau läuft bis 2018, aber NRW zahlt nur bis 2014. – Doch wie das so ist, darf man sich bei Verträgen nicht nur die Überschriften ansehen. Und wenn man ins Detail geht, relativiert sich Ihr Verhandlungserfolg ganz beträchtlich.

Fakt ist: Der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung für die Risiken bei den Altlasten und Ewigkeitskosten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was Sie, Herr Ministerpräsident, als Erfolg verkaufen – die 30-%-Beteiligung des Bundes –, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als schwere Erblast. Wer Herrn Weisbrich heute Morgen im Radio gehört hat, der konnte heraushören, dass er das zumindest weiß, auch wenn er es jetzt nicht mehr so ganz offen ausspricht.

Ich erinnere daran: Bis 1997 hat NRW keinen Pfennig für die Steinkohle bezahlt; die Absatzbeihilfen wurden über eine bundesweite Umlage finanziert. Seitdem ist der Anteil des Landes um über 10 % auf nun 22 % gestiegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Daran waren Sie doch beteiligt! Das war doch Ihre Politik! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

– Auf Ihre Verantwortung komme ich noch, Herr Witzel.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch nichts erreicht! – Gegenruf von Johannes Remmel [GRÜNE] – Barbara Steffens [GRÜNE]: Rexrodt! – Zurufe von der CDU)

– Herr Witzel, ich würde an Ihrer Stelle ganz entspannt bleiben.

(Zurufe von CDU und FDP)

Dass das Land nun zu zwei Dritteln für die ewigen Risiken geradestehen soll, ist kein Verhandlungserfolg. Ganz im Gegenteil, Herr Rüttgers: Da haben Sie zu wenig erreicht. Allen, die sich mit diesem Thema auskennen, ist doch klar, dass der Erlös aus dem Börsengang sehr wahrscheinlich nicht ausreichen wird, alle Folgekosten abzudecken. Leider hat die Landesregierung ihre Hausaufgaben dazu bis heute nur unzureichend erledigt. Die notwendigen Daten und Fakten sind entweder nicht bekannt oder nicht transparent. Gerade bei diesen unbekanntem Risiken steht das

Land nach der gestrigen Entscheidung besonders hoch in der Verantwortung.

Unter dem Strich heißt das, Herr Ministerpräsident: Sie haben zwar bei den absehbaren Kosten eine Entlastung erreicht, sich dafür aber bei den unkalkulierbaren Kosten eine schwere Hypothek eingehandelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem haben Sie zugelassen, dass sich der Bund aus der Verantwortung für den Strukturwandel im Ruhrgebiet komplett verabschiedet. Ich bezweifele, Herr Ministerpräsident, dass das auf lange Sicht ein guter Deal für NRW ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, noch etwas anderes macht mir Sorgen: Wir müssen nach dem Kompromiss von gestern zwar nach 2014 keine Absatzbeihilfen mehr zahlen. Aber was heißt das eigentlich für den Zeitraum davor? Bleiben die Zahlungen des Landes ab 2008 konstant bei 600 Millionen €?

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja sicher!)

Und was ist mit den Stilllegungsbeihilfen? Angesichts dessen ist mir schleierhaft, wie Sie Ihr im Koalitionsvertrag vereinbartes Ziel, bis 2010 mindestens 750 Millionen € bei den Subventionen einzusparen, erreichen wollen?

Schlimmer noch: Es steht zu befürchten, dass das Land sogar noch mehr zahlen muss als bisher; denn mit der gestrigen Vereinbarung haben Sie, wenn ich es richtig verstehe, die viel kritisierte Sprechklausel für die RAG auch für die Zukunft akzeptiert.

Herr Dr. Papke, uns ist mit der Sprechklausel was untergeschoben worden. Das hat Herr Priggen hier gestern schonungslos eingeräumt. Sie akzeptieren diese Sprechklausel aber jetzt sehenden Auges und im vollen Bewusstsein. Das will ich doch hier noch einmal klar feststellen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was heißt diese Sprechklausel? – Wenn die RAG Mehrbedarf nachweist, bekommt sie auch mehr Geld. Wir haben es doch für 2006 gerade erlebt. Die RAG hat einen zusätzlichen Bedarf von 433 Millionen € angemeldet. Das bedeutet für das Land allein in einem Jahr 90 Millionen € mehr.

Herr Rüttgers, ob Sie hart verhandelt haben, kann ich nicht wirklich beurteilen, aber Gewinner haben aus unserer Sicht mehr vorzuweisen,

(Beifall von den GRÜNEN)

und das nicht nur wegen der von mir gerade angesprochenen grundsätzlichen Kritikpunkte, sondern auch und besonders deshalb, weil viele entscheidende Dinge wie zum Beispiel die konkrete Ausgestaltung der Stiftung noch nicht geklärt sind.

Aber, meine Damen und Herren, es bleibt eine historische Entscheidung. Es bleibt eine Zäsur für Nordrhein-Westfalen. Nichts hat dieses Land in den vergangenen 200 Jahren so geprägt wie die Steinkohle. Es war zwar immer schon eine Geschichte des Auf und Ab, doch zu den Hochzeiten, zu den Blütezeiten war Nordrhein-Westfalen dank der Steinkohle der Motor für die deutsche Wirtschaft. Vor dem Ersten Weltkrieg förderten 440.000 Bergleute rund 114 Millionen t. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Ruhrgebiet dank Kohle und Stahl der Hauptbestandteil des deutschen Wirtschaftsaufschwungs. Im Jahr 1957, dem letzten Höhepunkt der deutschen Kohleförderung, förderten über 600.000 Menschen 149 Millionen t Steinkohle. Das Ruhrgebiet erwirtschaftete 12,3 % des deutschen Bruttonutzenprodukts. Das ist eine beachtliche Leistung, die dort erbracht worden ist.

Doch nicht nur wirtschaftlich war die Steinkohle prägend für NRW und Deutschland. Auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurde maßgeblich durch die Bergleute vorangebracht, keine Frage. Auch die SPD hat dabei eine wichtige Rolle gespielt, auch keine Frage.

Doch, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das Ende des Bergbaus ist Fakt. Ihre Position hat nichts mit Wirtschafts- oder Energiepolitik zu tun, sondern sie ist einzig und allein der Tradition Ihrer Partei geschuldet. Sie ist sachlich durch nichts zu begründen. Sie ist Vergangenheit, nicht Zukunft.

Frau Kollegin Kraft, wenn Sie tatsächlich mit der Forderung nach einem Sockelbergbau in den nächsten Wahlkampf ziehen wollen, dann sage ich Ihnen zweierlei:

Erstens. Damit sind keine Wahlen zu gewinnen.

Zweitens. Mit uns Grünen nicht!

(Beifall von der CDU)

Mit uns Grünen wird es keinen Wiedereinstieg in die Steinkohlesubventionen geben.

Das vorgeschobene Argument der Versorgungssicherheit halten wir für falsch. Ich will es noch einmal sagen, weil das in der Debatte ja immer wieder eine Rolle spielt. Kohle ist weltweit verfügbar. Die Vorräte reichen viel länger als die für Öl,

Gas und Uran. Kohle wird nicht nur in politisch instabilen Ländern abgebaut. Der deutsche Steinkohlebergbau trägt heute nur zu 5 % zur Stromversorgung bei. In Zukunft wird es eher weniger werden. Also hat diese Forderung mit Versorgungssicherheit nichts zu tun.

Und die von Ihnen so beschworene Revisionsklausel: Glauben Sie ernsthaft, dass sich der Weltmarktpreis der Kohle innerhalb von fünf Jahren so rapide verteuern wird, dass die deutsche Kohle wettbewerbsfähig wird? – Nein, wir glauben das nicht. Diese Revisionsklausel ist nichts anderes als weiße Salbe. Sie ist nichts anderes als Gesichtswahrung.

Aber ist es wirklich klug, den Bergleuten weiter trügerische Hoffnungen zu machen statt jetzt den klaren Schnitt zu vollziehen und mit aller Kraft den Strukturwandel zu forcieren?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben uns da anders entschieden. Wenn man das allerdings weiß, Herr Pinkwart, dass diese Revisionsklausel weiße Salbe für die SPD ist, dann frage ich mich auch, warum Sie sich in Ihren Äußerungen so an dieser Revisionsklausel aufhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das täuscht doch nur darüber hinweg, dass Sie im Grunde bei diesem ganzen Geschäft nicht so fürchterlich viel zu sagen hatten.

Meine Damen und Herren, was mir bei der Diskussion und bei der gestrigen Entscheidung völlig fehlt, sind die Menschen, die vom Bergbau betroffen sind und selbst nach seiner Einstellung noch Jahrzehnte betroffen sein werden. Es gibt eben viele Interessen, die es da zu wahren gilt. Die wurden in den vergangenen Wochen und auch gestern überhaupt nicht besprochen. In der Vereinbarung findet sich dazu kein einziges Wort.

Wie bekommen die Anwohnerinnen und Anwohner Sicherheit, die auch noch Jahrzehnte nach der Schließung der letzten Zeche die Zeche zahlen müssen? Die vom Bergbau betroffenen Menschen brauchen auch Sicherheit. Was ist mit den Deichen? Was ist mit den Bergsenkungen? Was ist mit Tagesbrüchen? Was ist mit Hochwasserrisiken?

Hierzu, Herr Papke, habe ich in den vergangenen Wochen klare Aussagen von Ihnen vermisst.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das stimmt doch gar nicht! Dazu hat er doch etwas gesagt!)

Gestern haben Sie erst auf konkrete Nachfrage meines Kollegen Priggen kleinlaut eingestanden, dass auch Sie sich für eine schnelle Schließung des Bergwerks West einsetzen wollen. In der Einigung ist davon nichts zu lesen. Ein entsprechender Zechenstilllegungsplan ist uns nicht bekannt. Kommt der noch?

Verlassen Sie sich darauf, Herr Papke: Wir werden Sie beim Wort nehmen! Gestern ist die Entscheidung gefallen, aber die eigentliche Arbeit der Umsetzung kommt noch. Die fängt nämlich erst an, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es muss klar sein, dass die Zeche West so schnell wie möglich geschlossen wird. Sie verursacht viel zu viele Schäden mit viel zu hohen Kosten. Denn auch davon, welche Zeche wann geschlossen wird, hängt es ab, wie hoch die Ewigkeitskosten sein werden.

Auch diese Betroffenen brauchen schnellstmöglich Klarheit: Zum Beispiel die Handwerker vor Ort brauchen Zeit, um sich auf die Schließungen vorzubereiten. Die machen vielleicht 50 % ihres Umsatzes bei den Zechen und brauchen neue Auftraggeber und Arbeitsfelder. Das geht nicht von heute auf morgen. Auch der Mittelstand ist betroffen, wenn Fabrikgebäude und Produktionsstätten Schäden haben, die vom Bergbau verursacht werden.

Um all das genau bedenken zu können, brauchen wir nun ein Ende der organisierten Intransparenz bei den Fakten und Daten zur Steinkohle. Wir hier als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen wissen: Wie hoch sind die Altlasten und Ewigkeitskosten wirklich? Welche Schäden entstehen durch welche Zeche? Wie hoch sind die Produktionskosten jeder einzelnen Zeche? Es gibt viele weitere offene Fragen, deren Beantwortung die Landesregierung bis heute schuldig geblieben ist. Wir im Parlament haben das Recht zu wissen, wofür wir trotz des Ausstiegsbeschlusses auch weiterhin Milliarden Euro ausgeben werden. Das werden wir als Grüne einklagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir freuen uns, dass sowohl die Landesregierung als auch die CDU daran interessiert sind, dass es hier eine rechtliche Klärung gibt. Herr Stahl, Herr Biesenbach, ich lade Sie ein, unserer Klage beizutreten.

Herr Rüttgers, es war richtig, dass Sie letzte Woche die Notbremse gezogen haben, auch wenn nicht nur uns der späte Zeitpunkt reichlich irritiert hat. Mal ehrlich: Mit Ihrem Kommunikationsdesas-

ter in der vergangenen Woche haben Sie Frau Kraft eine Steilvorlage geliefert. Die hätte ich an deren Stelle auch genutzt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hoffe sehr, dass Sie in den nun anstehenden Verhandlungen über das milliardenschwere Gesamtpaket, zum Beispiel über die konkrete Ausgestaltung der Stiftung, geschickter agieren als in den vergangenen zwei Wochen. Denn jenseits symbolischer Jahreszahlen wie 2014 oder 2018 geht es weiterhin um Kosten in Höhe von rund 40 Milliarden €. Es geht um die Mitentscheidung und die Mitgestaltung des Landes bei der konkreten Bergbauplanung. Es geht um Tausende betroffener Menschen über und unter Tage.

Machen wir uns nun an die Gestaltung der Zukunft! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Löhrmann. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Vorsitzende, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Löhrmann, für jemanden, der in der eigenen Regierung zehn Jahre Zeit hatte, beim Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle etwas zu erreichen, haben Sie den Mund wieder einmal bemerkenswert voll genommen. Das darf ich vorab sagen.

(Beifall von der FDP)

Es ist ja ein Stück weit bizarr, dass Sie von der neuen Landesregierung jetzt Informationen einklagen wollen, die Ihnen die eigene Landesregierung zehn Jahre lang verweigert hat.

(Beifall von der FDP)

Ich habe gestern schon dem Kollegen Priggen gesagt: Es ist ja erkennbar eine Art Vergangenheitsbewältigung, die Sie jetzt betreiben. Sie haben gewisse traumatische Erlebnisse mitgenommen und machen nach zehn Jahren Regierungsbeteiligung mit der SPD jetzt Trauerarbeit. Aber tun Sie bitte nicht so, als würden Sie die neue Regierung und die neue Koalition in die Verantwortung für Ihre Trauerarbeit einbeziehen müssen! Das ist schlichtweg unredlich.

(Beifall von der FDP)

Freuen Sie sich mit uns über den Erfolg, den wir gemeinsam erreicht haben! Davon haben Sie geträumt. Wir haben Ihren Traum in die Realität herübergebracht, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, das Wort „historischer Beschluss“ ist in den letzten Tagen häufig bemüht worden. Man muss mit solchen Etiketten ja etwas vorsichtig sein. Aber ich glaube, in diesem Fall ist die Bezeichnung „historischer Beschluss“ oder „historischer Erfolg“ absolut gerechtfertigt. Das wird sich auch in der späteren Betrachtung einmal so bewahrheiten.

Das Eckpunktepapier, das in schwierigen Verhandlungen gestern in trockene Tücher gebracht worden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, besiegelt das Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland, und es eröffnet endlich die Chance für eine nachhaltige Modernisierung der Bergbaureviere. Wir haben Schluss gemacht damit, die Vergangenheit künstlich zu verlängern. Wir haben dafür gesorgt, dass jetzt endlich in die Zukunft Nordrhein-Westfalens investiert werden kann.

(Beifall von der FDP)

130 Milliarden € sind in den zurückliegenden vier-einhalb Jahrzehnten in die deutsche Steinkohle geflossen, 45 Milliarden € alleine aus Nordrhein-Westfalen. In Zukunft wird in helle Köpfe und nicht mehr in dunkle Schächte investiert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Das unterscheidet die Politik der neuen Regierung auch von dem, was die Vorgängerregierung – auch mit Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann – zu verantworten hatte.

Es waren schwierige Verhandlungen, die wir als Koalitionsfraktionen sehr intensiv begleitet haben. Aber letztlich lag es an Ihnen, Herr Ministerpräsident, das, was wir gemeinsam erreichen wollten, auch umzusetzen. Ich weiß besser als viele andere, dass das ein hartes Stück Arbeit war. Deshalb möchte ich Ihnen ganz persönlich im Namen der FDP-Fraktion nicht nur zu diesem herausragenden Verhandlungserfolg für die Interessen Nordrhein-Westfalens gratulieren, sondern Ihnen ebenso herzlich für Ihr großartiges Engagement für die Interessen unseres Landes danken.

(Beifall von der FDP)

Das Engagement dieser Koalition und insbesondere des Ministerpräsidenten steht ja in einem erkennbaren Kontrast zu der Haltung, die die Sozialdemokraten hier in Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen eingenommen haben. Frau Kollegin Kraft hat in der ihr eigenen offenen Art daraus ja auch gar kein Hehl gemacht.

Ich will deshalb, Frau Kollegin Kraft ... Wo ist sie denn eigentlich? Ist sie schon davongelaufen? Das kann ich in gewisser Weise nachvollziehen. Es ist aber nicht angemessen. Vielleicht sind die Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion so freundlich, Frau Kollegin Kraft zurück ins Plenum zu bitten. Das fänden wir sehr gut.

(Beifall von der FDP – Carina Gödecke [SPD]: Auf gar keinen Fall!)

Dann werde ich einstweilen in absentia der Dame hier einmal mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer Presseerklärung von Frau Hannelore Kraft vom 31. Januar 2007 zitieren. Dort hat sie gesagt:

„Die Kohle-Vereinbarung steht und ist nicht nachverhandelbar. Ein Rütteln an dem Kohle-Kompromiss“

– damit war die Vorgabe der Großen Koalition gemeint –

„ist mit der SPD nicht zu machen.“

(Heike Gebhard [SPD]: Richtig! So ist es ja auch gekommen!)

Die SPD, meine Damen und Herren, hat also ein solches Ergebnis verteidigt – nicht die SPD im Bund, sondern die SPD hier im Landtag Nordrhein-Westfalen, die verpflichtet ist, die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen zu mehrern und sich dafür zu engagieren. Sie haben in den letzten Wochen gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gearbeitet, meine Damen und Herren!

(Beifall von FDP und CDU)

Ich kann Ihnen wirklich nur empfehlen, immer wieder einmal dieses entlarvende Blatt Papier

(Der Redner hält ein Blatt Papier hoch.)

zur Hand zu nehmen, das überschrieben ist mit „Politisches Ergebnis des Koalitionsgesprächs vom 29. Januar 2007“. Das ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit der Sozialdemokraten, die das bis zum heutigen Tage ja immer noch verteidigen. Ein Beschluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, der bedeutet hätte, dass die komplette Konstruktion, die die Voraussetzung für den Börsengang der RAG und für die Sicherung der Arbeitsplätze dort ist, zusammengebrochen wäre wie ein Kartenhaus! Denn Sie hätten eine Regelung akzeptiert, die dazu geführt hätte, dass der Erlös des Börsenganges nicht in einen Kapitalstock eingebracht worden wäre, um die Ewigkeitskosten zu decken, sondern der Erlös des Börsenganges für den laufenden Betrieb der Bergwerke verkonsumiert worden wäre.

Das hätten Sie akzeptiert. Sie haben wohl immer noch nicht verstanden, was Sie da akzeptiert hätten. Ansonsten würde die SPD diesen Beschluss nicht bis zum heutigen Tage derart verteidigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Ergebnisse der Landesregierung, die Ergebnisse Ministerpräsidenten bilden dazu einen klaren Kontrast: Der sozialverträgliche Ausstieg ohne betriebsbedingte Kündigungen aus dem Subventionsbergbau ist sichergestellt. Nordrhein-Westfalen zahlt 2014 den letzten Euro für die Förderung deutscher Steinkohle. Der von der SPD geforderte Sockelbergbau ist vom Tisch. Damit ist der Weg frei für den Börsengang der RAG.

(Widerspruch von Frank Sichau [SPD])

Die Erlöse aus dem Börsengang, Herr Kollege, gehen vollständig in das Stiftungsvermögen zur Finanzierung der Ewigkeitskosten des Bergbaus. Dem Bund konnte eine faire Lastenverteilung bei den Ewigkeitskosten abgerungen werden. Wir alle wissen doch: Das wäre nach der derzeitigen Rechtslage ansonsten alles an uns hängen geblieben.

Dieses Ergebnis haben der Ministerpräsident und diese Koalition erreicht. Die SPD war bereit, etwas anderes zu akzeptieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU – Frank Sichau [SPD]: Nein!)

Im Vergleich zu dem Verhandlungsstand Anfang letzter Woche ist es gelungen, zusätzliche Einsparungen in Höhe von 740 Millionen € für Zukunftsinvestitionen in den Bergbauregionen zu erzielen. Das ist eine ganze Menge Geld. Ich füge hinzu: Wir hätten gerne mehr erreicht. Ich will Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren von der SPD: Es wäre uns auch gelungen, mehr zu erreichen, wenn diese Regierung bei der Interessenwahrnehmung für Nordrhein-Westfalen von allen Fraktionen und verantwortlichen Parteien im Lande Nordrhein-Westfalen unterstützt worden wäre und wenn die SPD nicht stattdessen dem Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen in den Rücken gefallen wäre. Das haben Sie getan.

(Beifall von FDP und CDU)

Sich dann hier hinzustellen und Ihnen, Herr Ministerpräsident, und uns den Vorwurf zu machen, warum man zur Finanzierung eines Erneuerungsprogramms für Nordrhein-Westfalen nicht mehr erreicht hätte, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Das ist an Dreistigkeit wirklich nicht zu über-

treffen. Aber damit werden Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht durchkommen.

Das gilt natürlich auch für die viel beschriebene Revisionsklausel. Frau Kollegin Löhrmann, dass Herr Pinkwart wie auch wir als FDP-Fraktion insgesamt in den letzten Tagen darauf hingewiesen haben, das hatte natürlich gute Gründe: Wir haben nämlich jetzt erst erreicht, dass diese Revisionsklausel de facto unwirksam wird.

(Beifall von der FDP)

Wenn Sie sich von Herrn Kollegen Priggen einmal auf den Sachstand bringen lassen würden, würden Sie feststellen, dass ursprünglich ganz andere Formulierungen geplant waren. Zu dem, was wir in den letzten Tagen erreicht haben, gehört, dass die Revisionsklausel nicht zulasten Nordrhein-Westfalens greifen wird. Wenn der Bund auf die Idee kommen sollte, das Ende des Subventionsbergbaus infrage zu stellen, dann muss er das alleine finanzieren und alleine verantworten. Nordrhein-Westfalen ist dann außen vor. Das ist ein immenser Erfolg, der erreicht worden ist.

(Zustimmung von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Es ehrt Sie, Herr Kollege Priggen, dass Sie dazu nicken. Denn das ist etwas, was wir gegenüber dem Bund haben erkämpfen müssen. Das ist gelungen, und das ist ein Riesenerfolg.

Das bringt Frau Kollegin Kraft, die immer noch nicht unter uns weilt, natürlich in eine ganz, ganz schwierige Situation: Dadurch dass Nordrhein-Westfalen durch die Revisionsklausel nicht mehr gebunden ist, ist die Revisionsklausel eigentlich insgesamt obsolet geworden, und das allemal, wenn man sich anschaut, dass wir jetzt eine Formulierung gefunden haben, die da lautet:

„Dem Bericht,“

– auf dessen Grundlage der Bundestag entscheiden soll –

„sind Gutachten anerkannter Wirtschaftsforschungsinstitute zugrunde zu legen und beizufügen.“

Ich habe die Ahnung, dass Sie kein seriöses Wirtschaftsforschungsinstitut in diesem Land finden werden, egal wo sie suchen, zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen, das bereit wäre, Ihnen die ökonomische, soziale und energiepolitische Sinnhaftigkeit des Wiedereinstiegs in den Subventionsbergbau zu attestieren. Damit, meine Damen und Herren, ist der Sockelbergbau tot! Das ist ein Ergebnis dieser Verhandlungen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich bin sehr gespannt, wie Frau Kollegin Kraft damit jetzt umgehen wird. Der „Frankfurter Rundschau“ etwa hatte sie gesagt – ich darf zitieren –: Die SPD werde „nichts mitmachen, was auf einen definitiven Ausstieg hinausläuft“. Es müsse „eine echte Option geben“, den Bergbau fortzuführen. – Wenn Sie sich an das hält, was sie gesagt hat, müsste sie jetzt eigentlich zurücktreten.

(Beifall von FDP und CDU)

Es war doch erkennbar so, dass die Sozialdemokraten in Berlin nicht mehr bereit waren – wer weiß, was die Abwesenheit von Frau Kollegin Kraft in dieser Debatte zu bedeuten hat –, den Irrflug von Frau Kollegin Kraft in der Frage des Sockelbergbaus noch weiter mitzumachen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist Frau Kollegin Kraft jetzt erkennbar die Einzige in diesem großen Land, die noch daran glaubt, dass der Sockelbergbau kommt. Man könnte es auch anders formulieren: Wer jetzt noch glaubt, dass der Sockelbergbau kommt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten, meine Damen und Herren. Das Thema ist erledigt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Oder dass Wasserwaagen Wasser wiegen! – Heiterkeit von CDU und FDP)

Ich will noch zu einem weiteren Punkt kommen, den Frau Kollegin Kraft aufgegriffen hat, in der Tat mit einem ungeheuerlichen Soupçon gegenüber dem Ministerpräsidenten. Es geht um ihre Aussage, der Ministerpräsident habe mit den Sorgen der Bergleute gespielt und sie getäuscht. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die ich hier für die Koalition insgesamt noch einmal in aller Deutlichkeit zurückweisen möchte.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe gestern diesen entlarvenden Satz von Frau Kollegin Kraft aus ihrer Rede draußen vor den Bergleuten schon einmal zitiert, will das aber in diesem Zusammenhang wiederholen. Frau Kollegin Kraft hat den Tausenden von Bergleuten gesagt:

„Die“

– sie meinte damit die Landesregierung und die Koalition –

„wollen euch in Auffanggesellschaften packen. Sie wollen betriebsbedingte Kündigungen zulassen.“

Wider besseres Wissen hat Frau Kollegin Kraft draußen die Bergleute aufgehetzt, in Angst und Schrecken versetzt, obwohl sie wusste, dass wir als Koalitionsfraktionen wie auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen von Beginn der Debatte an immer gesagt haben: Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. – Frau Kollegin Kraft hat wider besseres Wissen eine Angstkampagne geschürt.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, wenn sie jetzt ausgerechnet dem Ministerpräsidenten vorwirft, er habe die Bergleute verunsichert. Dafür sollte sie sich entschuldigen.

(Beifall von der FDP)

Das werde ich ihr auch noch einmal persönlich sagen, wenn sie hoffentlich bald in die Mitte des Parlaments zurückgekehrt ist.

Zu dieser völligen Verdrehung gehört natürlich auch die Kritik, dass der Bund jetzt nicht größere Hilfen zugesagt habe. Ich habe schon darauf hingewiesen: Wir hätten bei einem Erneuerungsprogramm für Nordrhein-Westfalen mehr erreichen können, wenn die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen uns dabei unterstützt hätten und uns nicht in den Rücken gefallen wären.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dolchstoßlegende!)

Und: Sitzen denn nicht Sozialdemokraten in der Bundesregierung? Oder sehe ich das falsch? Besteht das Kabinett nicht mindestens zur Hälfte aus Sozialdemokraten? Wo war deren Stimme? Wo war Müntefering, wo war Steinbrück, wo waren andere Spitzenpolitiker der SPD aus Nordrhein-Westfalen, als es darum ging, konkrete Hilfszusagen für Nordrhein-Westfalen zu organisieren? Das haben die ganz bewusst nicht getan, weil deren Strategie erkennbar war – und das ist ungeheuerlich –: Solange die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen in der Opposition sind, werden wir als Sozialdemokraten in Berlin nichts für unser Heimatland tun. – Das ist ein schäbiges Verhalten. Das werden wir so nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben jetzt ein hervorragendes Gesamtergebnis erzielt. Wir hätten uns in der Tat gewünscht, noch früher auszusteigen, um zusätzliche Mittel für Zukunftsinvestitionen in den Revieren zu mobilisieren.

(Lachen von Gisela Walsken [SPD])

Ich will diesen Zusammenhang noch einmal klar machen: Es ging uns in der Koalition, aber gerade auch uns Freien Demokraten nie darum, für den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau als isoliertes Ziel zu kämpfen. Wir haben immer gesagt: Der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau muss zugleich als Einstieg in die Erneuerung, in die Modernisierung Nordrhein-Westfalens organisiert werden. Das ist unser strategisches Ziel. Deshalb haben wir gesagt: Je früher wir aus dem Subventionsbergbau aussteigen, desto mehr bleibt für Zukunftsinvestitionen übrig.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

– Sie, Herr Kollege Eiskirch, sagen, das sei Quatsch. Schauen Sie doch nach, was die großen Forschungsinstitute – RWI und andere – noch in den letzten Tagen zu diesem Thema gesagt haben! Die haben alle unsere Haltung unterstützt und gesagt: Raus, damit wir in die Erneuerung einsteigen können.

(Beifall von FDP und CDU)

Das geht möglicherweise über Ihr Begriffsvermögen hinaus,

(Widerspruch von der SPD)

aber es ist von uns mit breiter Unterstützung vieler Sachverständiger in die Gespräche in Berlin eingespeist worden. Ich sage noch einmal: Wenn wir dort von den Sozialdemokraten unterstützt worden wären, die dort auch für Nordrhein-Westfalen Verantwortung tragen, hätten wir noch mehr herausholen können.

(Beifall von der FDP)

Aber das, was erreicht worden ist, wird uns Möglichkeiten bieten, die wir jetzt organisieren müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Dazu hat der Ministerpräsident schon einiges ausgeführt. Wir diskutieren über unterschiedliche Möglichkeiten, die wir noch bündeln werden. Es gibt gute, es gibt verheißungsvolle Ansätze, die wir noch stärker unterfüttern wollen. Wir brauchen ein kräftiges Aufbruchsignal gerade in die betroffenen Bergbauregionen hinein.

Auch deshalb ist das, was die SPD in den letzten Tagen und Wochen mit Blick auf den Sockelbergbau gemacht hat, so verheerend. Was die Menschen – das gilt nicht nur für die Bergleute in den betroffenen Revieren – jetzt bräuchten, das wäre ein klares Signal aller politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen: Wir stehen Seite an Seite, um die Herausforderungen, die auf die betroffenen Reviere zukommen, gemeinsam bewältigen zu können.

Man tut den Menschen dort doch keinen Gefallen, ihnen zu suggerieren: 2012 gibt es vielleicht doch noch eine Wiedereinstiegsmöglichkeit. – Das würde das nötige Aufbruchsignal im Keim ersticken. Die Leute brauchen endlich Planungssicherheit. Die brauchen Klarheit für ihre persönliche Lebensplanung. Die betroffenen Kommunen brauchen Klarheit. Die müssen sofort mit einer Anschlussplanung loslegen: für die jeweiligen Zechen und Reviere, für die Bereiche, für die Grundstücke, die anders beplant werden müssen.

Wir müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie dort neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Das ist die Gesamtverantwortung des Landtags Nordrhein-Westfalen. In der bisherigen Debatte habe ich leider keinerlei Hinweise gesehen, dass Sie bereit wären, sich darauf einzulassen.

(Beifall von der FDP)

Wir werden das also im Zweifel alleine machen müssen. Das werden wir aber auch so hinbekommen. Schließlich sind wir auch dafür gewählt worden. Wenn die Menschen das SPD und Grünen zugetraut hätten, hätten sie sie nicht abgewählt. Von daher werden wir das umsetzen und das erreichen, wofür wir von den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen mandatiert worden sind.

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass die Ergebnisse, die wir heute debattieren, von den Freien Demokraten mit besonderer Freude, mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis genommen worden sind. Denn wir standen – das wissen Sie alle – über viele, viele Jahre in der Debatte über den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau gewissermaßen wie einsame Rufer in der Wüste.

Zum Schluss darf ich noch sagen: Ich habe aus meinem Archiv einen Antrag der Fraktion der FDP vom 18. September 2000 mit dem Titel „Zukunftskonzept Montanregion – Beihilfenanpassung aktiv gestalten“ herausgesucht. Ich erinnere mich noch so gut daran, weil ich ihn selber am PC getippt habe. Da haben wir erstmals eine Initiative eingebracht – erstmals in der Geschichte des Landtags hat eine Fraktion das getan –, den Subventionsbergbau zu beenden. Damals haben wir gesagt: bis 2015. – Ungefähr da landen wir jetzt ja auch: 2014 für NRW.

Damals standen wir allein. Wir haben es dann zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen von der CDU geschafft, dieses Ziel des sozialverträglichen Ausstiegs in unserer Koalitionsvereinbarung zu verankern. Wir haben jetzt aus dem, was wir dort als gemeinsames Ziel für die Landes-

regierung Nordrhein-Westfalen festgehalten haben, Realität gemacht. Daran lassen wir uns von den Bürgerinnen und Bürgern gerne messen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Papke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zuerst würde ich das Ergebnis, soweit wir es kennen, gerne grundsätzlich bewerten. Es gibt eine gute Nachricht. Die gute Nachricht ist aus meiner Sicht, dass es ein Enddatum für die Subventionierung des Bergbaus gibt. Darüber haben wir eine lange Diskussion geführt. Ich glaube, es ist für das Land Nordrhein-Westfalen wirklich das Beste und Vernünftigste – jenseits aller völlig legitimen Profilierungsstreitigkeiten zwischen großen und kleineren Parteien –, dass dieser Endpunkt festgesetzt worden ist. Damit gibt es eine klare Strecke für alle, die vom Bergbau betroffen sind, die im Bergbau arbeiten, die zuliefern, auch für die – das ist mir bisher viel zu kurz gekommen –, die negativ vom Bergbau betroffen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist die gute Nachricht, dass diese Entscheidung nun vorliegt und man auf dieser Basis in den nächsten Jahren tatsächlich für die Region planen kann.

Ich bin mir sicher, dass die Revisionsklausel daran nichts mehr ändern wird, weil diese Klausel – in dem Punkt werden wir Ihrem Entschließungsantrag, wenn Sie zu einer differenzierten Abstimmung bereit sind, folgen – in der Substanz nicht mehr tragen kann. Denn es gibt keinerlei realistische Erwartung, dass sich die Förderkosten hier nach unten und die Weltmarktpreise in entsprechendem Maße nach oben entwickeln. Wir wissen vielmehr – das ist bekannt, wenn man ein bisschen genauer hinschaut –, dass die Entwicklung, was die Förderkosten angeht, aufgrund großer geologischer Probleme eher umgekehrt läuft. Deswegen kann die Revisionsklausel nicht greifen.

Um das gleich unmissverständlich klarzumachen: Es ist auch gut, wenn das Land Nordrhein-Westfalen und eine deutliche Mehrheit im Landtag sagen, dass sie das auch politisch nicht wollen, damit deutlich wird, dass man zwar eine Revisionsklausel in die Vereinbarung aufnehmen kann –

wir wissen auch, dass sie zur Aufrechterhaltung einer bestimmten Legende dient –, sie aber in der Sache nicht greifen wird. Im Folgenden muss man darauf achten, dass nicht doch noch an irgendwelchen Stellschrauben gedreht wird, um einer Revision Vorschub zu leisten.

Ich finde es bedauerlich, dass Frau Kraft vorhin mit keinem Wort – dazu finde ich auch in dem Eckpunktepapier nichts – auf diejenigen eingegangen ist, die massiv betroffen sind. Für diese Menschen ist es unglaublich schwer. Die Bergleute und ihre Familien haben Garantien und Sicherheit bekommen. Aber es gibt sehr viele von den negativen Folgen des Bergbaus betroffene Bürgerinnen und Bürger, die allerdings selten Erwähnung finden und die jetzt die Sorge umtreibt, dass sie in den letzten Jahren, in denen der Bergbau noch arbeitet, überproportional zu Opfern werden. Für diese Menschen ist es schwer, einzusehen, dass sie, weil andere noch einige Jahre auf einer Zeche arbeiten sollen, mit ihren Häusern, mit ihrem Eigentum – in der Regel handelt es sich bei diesen Leuten nicht um Millionäre, sondern um solche, für die ihr Eigenheim wirklich einen großen Wert darstellt – überproportionale Opfer bringen sollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Darum müssen wir uns in der vor uns liegenden Detailarbeit noch kümmern, denn dazu taucht in dem Papier bisher nichts auf.

Das war insgesamt die gute Nachricht.

Die schlechte Nachricht ist, dass der Bund entgegen seiner aus meiner Sicht eigentlichen politischen Verantwortung die Lasten überproportional bei NRW ablädt. Ich habe dafür kein Verständnis; das habe ich gestern schon gesagt. Der Bund hat, wenn wir die gesamte zeitliche Strecke der Kohlefinanzierung in den Blick nehmen, immer um die 90 % der Subventionen bezahlt. Die Kohle ist im nationalen Interesse mit einer gewissen historischen Begründung gefördert worden; die Abwacklungslasten im nationalen Interesse werden aber überproportional auf Nordrhein-Westfalen abgeladen. Das ist aus meiner Sicht nicht korrekt. Insofern ist das der schlechte Teil der Nachricht.

Dann gibt es eine ganze Reihe offener Fragen, die noch erhebliche Risiken für Nordrhein-Westfalen beinhalten. Der Punkt hieß „Unterrichtung durch die Landesregierung“. Vor diesem Hintergrund bedaure ich es, Herr Ministerpräsident, dass wir vorhin von Ihnen in Ihrer längeren Rede substanzvoll über das hinaus, was uns schon an Informationen vorlag, nichts Neues gehört haben. Das ist schade. – Während Ihrer Rede habe ich

übrigens gedacht, Herr Ministerpräsident, Sie würden uns jetzt das vorlesen, was Herr Kuschke in der Staatskanzlei früher immer zum Ruhrgebiet aufgeschrieben hat.

Meine Sorge ist – da werden wir genau hinschauen –, dass die ganze organisierte Intransparenz, die uns immer Probleme gemacht hat, genauso weitergeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage ist, ob das, was an Modellrechnungen, an Zahlen vorlag – es ist ja offensichtlich wesentlich mehr an Substanz da, als im Eckpunktepapier steht und als Sie jetzt gesagt haben –, in den nächsten Wochen und Monaten transparent gemacht wird. Wesentliche Punkte sind ja noch offen: die Finanzstrecke von 2009 bis 2014, die Frage der Verteilung zwischen Bund und Land und die Frage, wie der angekündigte und von Frau Ministerin im Wirtschaftsausschuss vorgelegte Mehrbedarf in Höhe von 1,5 Milliarden € aufgeteilt wird.

Ich habe immer gesagt, die 750 Millionen € müssten einsparbar sein – vorausgesetzt, die Zahlen hätten gestimmt, die uns Schröder damals verkündet hat. Ich muss heute zur Kenntnis nehmen, dass diese Zahlen in der Substanz das Papier nicht wert waren, auf dem sie standen.

Es bleibt also die Frage: Wie lautet die reale Höhe der Subventionen, die das Land zur Verfügung stellen müssen, und was ist die sachliche Grundlage für diese Zahlen?

Die Erfahrung zeigt, dass der Bergbau immer bereit ist, sich öffentlicher Mittel zu bedienen, dass er mit der Androhung von betriebsbedingten Entlassungen auch immer ein starkes Argument in der Öffentlichkeit hat und die öffentlichen Hände immer die Zeche zahlen. Es ist zu klären, wozu diese 1,5 Milliarden im Detail dienen sollen, ob sie wirklich notwendig sind oder ob der Betrieb auch so gefahren werden könnte, dass weniger Kosten entstünden. Es ist ein Irrsinn, ein Bergwerk weiter zu betreiben, wo pro Tonne 349 € Kosten anfallen. Es geht also um die Planung der einzelnen Standorte, die Planung des Mitteleinsatzes usw.

Das bedingt ein Maß an Detailinformationen, über die Sie sich unterschiedlich äußern. Manche Vertreter der Regierung sagen, sie hätten diese Informationen nicht. Von anderen Stellen wiederum hört man, dass sie sehr wohl im Wirtschaftsministerium vorlägen. Dann gibt es noch den Hinweis darauf, dass es betriebsgeschützte Daten seien, die man deswegen nicht transparent mache.

Es kommt jetzt auf uns zu, zu sagen: Wenn der Ausstieg aus dem Bergbau sowieso klar ist und es im Kern nur noch um die sozialverträgliche Abwicklung geht, muss alles an Fakten auf den Tisch. Denn jede 100-Millionen-€-Summe, die unnötig herausgeht, tut dem Land und auch anderen überproportional weh und nützt auch niemandem mehr, weil die Sozialverträglichkeit festgeschrieben ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen die dringende Bitte, mehr Transparenz herzustellen!

Dann will ich einige Punkte ansprechen, die sich bei genauem Hinsehen natürlich etwas anders darstellen als in der verkürzten medialen Wiedergabe.

Es ist richtig, dass sich, wie zu lesen, Nordrhein-Westfalen nicht mehr an den Absatzbeihilfen beteiligt. Das mögen dann 460 Millionen € sein. Richtig ist allerdings auch, dass alle anderen Kostenpunkte – Anpassungsgeld, Stilllegungskosten, Altlasten – auf uns zukommen. Für mich errechnet sich daraus, wenn ich es nur mit Bordmitteln überschlage, eine Summe in einer Größenordnung von 800 Millionen bis 1 Milliarde €, die für den Zeitraum von 2015 bis 2018 für NRW mindestens noch als Anteil anfallen müsste – allerdings auf der Grundlage einer Modellrechnung, der ich entnehme, dass erst 2018 Stilllegungskosten in der Größenordnung von 1 Milliarde € entstünden, als ob erst 2018 die letzten Zechen mit 8 Millionen t stillgelegt werden sollten.

Deshalb noch einmal die dringende Bitte: Legen Sie diese Planung offen! Es kann ja nicht vernünftig sein, die letzten Zechen mit 8 Millionen t erst 2018 stillzulegen.

Die Informationen in dem Papier, das wohl gerade in der SPD-Pressekonferenz verteilt worden ist, decken sich größenordnungsmäßig mit den von mir gerade genannten Zahlen. Nur: Die Modellrechnungen, die dahinter stehen – im Eckpunktepapier wird ja von „vorliegenden Modellrechnungen“ gesprochen; und ich kenne die Modellrechnung aus den letzten Verhandlungen, die wir geführt haben –, die müssen auf den Tisch, müssen transparent gemacht werden. Denn 8 Millionen t erst 2018 stillzulegen ist Unfug! Es muss eine ganz andere Degression dabei herauskommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es bleibt also wesentlich mehr beim Land hängen, als es in der verkürzten medialen Darstellung scheint. Darüber werden wir reden müssen.

Zweiter Punkt: Ich habe ein Papier bekommen, das wohl in dem von Minister Pinkwart eben geführten Pressehintergrundgespräch eine Rolle gespielt hat. Darin tauchen diese 272 Millionen € Einsparung auf. Diese 272 Millionen € sollen sich aus dem Vorziehen der Finanzierung von Alt- und Ewigkeitslasten in den Zeitraum vor 2018 ergeben.

Das kann nicht sein, wenn das KPMG-Gutachten Grundlage der Modelle ist.

Wir wissen aus der Sitzung im Wirtschaftsausschuss, dass im KPMG-Gutachten relevante Sachen vergessen worden sind. Wir kennen nicht die genaue Größenordnung dessen, was vergessen wurde, aber in jedem Fall ist das ewigkeitslastenrelevant. Man kann nur den Eindruck haben, dass im KPMG-Gutachten Sachen stehen, die keine Ewigkeitskosten darstellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Die RAG kennt 2.200 Schächte nicht – deren Lage nicht, deren Zustand nicht –, die KPMG geht aber von 438 Millionen € Kosten aus. Das ist keine Ewigkeitslast. Das gehört zum laufenden Reparaturbetrieb, der jetzt zu erledigen ist – wie man auch eine Schachanlage, die stillgelegt wird, jetzt in einen ordentlichen Zustand bringt. Das heißt, die Sanierung dieser Schächte – die ja auch von Personal vorgenommen werden kann, das ich aus dem laufenden Betrieb abziehe – muss, damit nicht woanders Schäden verursacht werden, sofort einsetzen. Sie ist Teil der Plafonds, die noch zur Verfügung gestellt werden müssen. Anders kann es nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir hören, dass 272 Millionen € praktisch herübergeschoben worden sind, wir aber überhaupt nicht wissen, was das im Detail heißt und inwieweit die Deicherneuerungskosten quantifizierbar sind, können wir als Oppositionsfraktion nur sagen: Wir werden noch sehr genau über die Details reden müssen. Denn von den Kosten landen entweder 20 % oder zwei Drittel beim Land. Da gibt es einen Spielraum von etlichen 100 Millionen €. Das ist bis jetzt nicht transparent. Das muss man noch klären. Die Ganze ist unvermeidlich, das kann man niemandem anlasten. Aber wir sagen: Es muss Klarheit geben.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: 20 ist besser als zwei Drittel!)

– Ja, gut. Trotzdem: Wenn wir zusehen, dass es an die Stelle kommt, wo es hingehört, dann können wir keinen Dissens haben. Da kann man ei-

gentlich überhaupt keinen Dissens haben. Das ist im Interesse des Landes. Wir sind ja gehalten, mit dem Geld sparsam umzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage aber noch einmal: Das setzt voraus, dass Sie bereit sind, alle Fakten auf den Tisch zu legen und dem Parlament zu ermöglichen, mit diesem Material zu arbeiten. Seit die Perspektive der Kohle klar ist, gibt es null Gründe mehr, dieses Material nicht den zuständigen Parlamentsausschüssen in Gänze zur Verfügung zu stellen. Es gibt keinen Anspruch des Unternehmens mehr auf Geheimhaltung.

Als dritten Punkt will ich die Stiftung ansprechen. Das ist mir auch nicht ganz klar. Im Eckpunktepapier steht unter Ziffer 4 – ich zitiere den Satz –:

„Die Mehrheitsverhältnisse im Kuratorium müssen entsprechend den finanziellen Verpflichtungen ausgestaltet werden.“

Da brauchen wir natürlich auch eine Präzisierung. Um welche finanziellen Verpflichtungen geht es? Entsprechend den Haftungsübernahmen? Wenn das Land 60 % übernehmen sollte, müsste es ja 60 % der entscheidenden Sitze in der Stiftung haben. Es besteht aus meiner Sicht die Sorge, dass diese Stiftung ein Geschäft betreibt, bei der das Land für den überwiegenden Teil des Risikos haftet, die aber nicht von einer Mehrheit des Landes kontrolliert wird. Wenn das Land haftet, muss es auch die entscheidenden Punkte setzen und den laufenden Prozess der nächsten Jahre steuern können. – Da bitte ich auch um eine Präzisierung.

Den Finanzrahmen 2009 bis 2014 habe ich vorhin schon kurz angeschnitten. Sie müssten uns in der nächsten Zeit einmal sagen, wann und wie er genau ausverhandelt werden soll und wie die Fraktionen an die Details kommen sollen.

Als letzten Punkt will ich kurz auf Ihren Entschließungsantrag eingehen. CDU und FDP haben einen Entschließungsantrag mit sieben Tirets vorgelegt. Wir als grüne Fraktion würden fünf dieser Tirets mittragen und bitten deswegen um getrennte Abstimmung. Wir würden also mitbegrüßen, „dass das sozialverträgliche Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus beschlossen wurde“. Wir würden mittragen, „dass das Land Nordrhein-Westfalen sich nach dem Jahr 2014 nicht mehr an den Absatzhilfen ... beteiligt“. Das nächste Tiret lautet:

„dass das Land Nordrhein-Westfalen sich nicht daran beteiligen wird, wenn der Bundestag 2012 den Ausstiegsbeschluss aus energiewirtschaftlichen Gründen überprüft. Einen Sockel-

bergbau wird es mit Nordrhein-Westfalen nicht geben“.

Das halte ich für einen richtigen, wichtigen Beschluss. Wir würden mittragen die positive Äußerung zum „Weg für den Börsengang“ und „dass das Beteiligungsvermögen der RAG AG vollständig in die Finanzierung ... eingebracht wird“.

Insofern bitten wir um getrennte Abstimmung über die ersten fünf Tirets.

Die beiden folgenden Punkte würden wir nicht mittragen, weil wir zum ersten Punkt der Auffassung sind, dass der Bund sich höher beteiligen müsste, und weil uns zum letzten Punkt die faktischen Informationen und Hintergründe fehlen und wir mit einer Zustimmung einen Blankoscheck ausstellen würden.

Wenn Sie mit einer getrennten Abstimmung einverstanden wären, würden wir den ersten fünf Punkten zustimmen, die letzten beiden ablehnen. Wenn Sie es anders machen wollen, können wir dem gesamten Antrag nicht zustimmen. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße erst einmal, dass die teuerste Frau Deutschlands, wie das „Handelsblatt“ Frau Kraft betitelt hat, jetzt doch wieder an der Debatte teilnimmt. Herzlich willkommen, Frau Kraft, in diesem Hohen Hause!

Ich finde es sehr bemerkenswert, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, dass Sie an dieser Debatte nicht mehr teilnehmen. Jedenfalls haben Sie keine Redner mehr gemeldet. Das finde ich wirklich bemerkenswert, Herr Römer, denn in der Vergangenheit haben Sie hier eigentlich keine Steinkohledebatte ausgelassen. Scheinbar hat es Ihnen die Sprache verschlagen. Das sehe ich als Zeichen, dass der Kompromiss, der dort ausgehandelt wurde, doch sehr gut ist.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir kommen hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen zu einer Sondersitzung zusammen, um wahrlich Historisches zu beschließen. Mit dem Ausstieg aus dem subventionierten deutschen Steinkohlenbergbau endet eine 200-jährige Industriegeschichte in Nord-

rhein-Westfalen, die nicht nur das Ruhrgebiet geprägt hat.

Der Ausstieg aus dem Subventionsbergbau ist aber zugleich der Einstieg in einen zukunftsorientierten Strukturwandel in den Bergbauregionen. Wir haben es bis heute geschafft, den erforderlichen Anpassungsprozess im Steinkohlenbergbau sozialverträglich zu gestalten. Von ehemals rund 600.000 Beschäftigten im Steinkohlenbergbau sind noch 35.000 übrig geblieben. Allein diese Zahlen sollten uns vor Augen führen, dass die Steinkohle für unser Land und auch für die Kohlereviere strukturpolitisch nicht mehr relevant ist. Deshalb sollte sich unser Blick ab dem heutigen Tage auch nach vorne richten.

Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft in Nordrhein-Westfalen gestalten. Wir haben immer gesagt, dass wir die Finanzmittel, die wir durch den Ausstieg aus dem Subventionsbergbau einsparen, zielgerichtet in den Revieren einsetzen werden. Zielgerichtet heißt allerdings, dass wir nicht wie in der Vergangenheit mit der Gießkanne durchs Land laufen, sondern gezielt vorhandene Stärken systematisch ausbauen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt ein sehr gutes Verhandlungsergebnis. Aber in den kommenden Monaten wird es noch darum gehen, auf der Zeitachse bis spätestens 2018 festzulegen, wann welches Bergwerk schließt. Wir sind uns bewusst, dass dies ein nicht minder heftiges Ringen mit der IG BCE auslösen wird. Deshalb möchte ich an dieser Stelle für meine Fraktion betonen, dass wir den Schließungsablauf nicht allein der RAG und der IG BCE überlassen können. Dies ist eben keine originäre Unternehmensaufgabe, kann es im Übrigen auch nicht sein, solange die DSK weiterhin Subventionen bezieht.

Wir benötigen hierbei eine Auflistung von unterschiedlichen Kriterien. Dabei spielen die Produktionskosten sicherlich eine Rolle, aber eine noch viel größere die Ewigkeitslasten, anhand derer sich die Reihenfolge der Bergwerksschließungen bestimmen lässt.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass wir im Interesse Nordrhein-Westfalens ab heute darum bemüht sein sollten, im Finish die Ewigkeitslasten des Bergbaus zu minimieren. Diese Position werden wir in den weiteren Verhandlungen auch mit Nachdruck vertreten.

Zum Abschluss möchte ich auch von dieser Stelle dem Ministerpräsidenten danken.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Rüttgers, die Koalition vor uns war durch Misstrauen geprägt.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist wahr!)

Da hat der eine dem anderen keine zwei Meter weit getraut. Unsere Koalition ist durch Vertrauen geprägt. Dieses Vertrauen hat sich ausgezahlt. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung des einzigen Tagesordnungspunktes.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Drucksache 14/3703. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat gemäß § 41 Abs. 1 Einzelabstimmung beantragt. Ich frage: Gibt es hiergegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir erstens ab über den Text des **Entschließungsantrags Drucksache 14/3703 mit Ausnahme der beiden letzten Spiegelstriche**. Ich weise darauf hin, dass Kollege Priggen das eben in seinem Redebeitrag erläutert hat. Wer ist dafür? – Das sind die Fraktionen von FDP, CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer enthält sich der Stimme? – Niemand. Damit ist dieser Teil des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen von Bündnis 90/ Die Grünen **angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über den Text der **beiden letzten Spiegelstriche des Entschließungsantrags Drucksache 14/3703**. Wer ist dafür? – Das sind die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit sind diese beiden Spiegelstriche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Wir stimmen drittens ab über den gesamten **Entschließungsantrag Drucksache 14/3703**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist die SPD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD **angenommen**.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 7. März 2007, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Tag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:20 Uhr